

Bezugspreis: 10 Goldplennig monatlich... 1. - Goldmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Soll und Zeit' mit 'Siedlung und Kleingarten'...

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 16. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kein Rücktritt der Reichsregierung.

Scharfe Zurückweisung einer deutschnationalen Forderung.

In später Nachstunde wird durch W.D. folgendes veröffentlicht: Die Reichsregierung ist, wie wir erfahren, auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen...

Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigen Gutachten wird nach den eigenen Erklärungen gestellt von der Sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumspartei, von der Deutschen Volkspartei, von der Demokratischen Partei und von der Bayerischen Volkspartei...

Die Reichsregierung sieht in dem Beschlusse des Parteivorstandes der D.N.P. eine ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außenpolitik. Über die Gründe, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu den Sachverständigen Gutachten gezwungen haben, hat Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei von Seiten der Reichsregierung eingehend unterrichtet worden...

Die Entschließung der deutschnationalen Parteileitung, gegen die sich der Kabinettsbeschluss richtet, hat folgenden Wortlaut:

'Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregierung, entsprechend dem Ausfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes feststellt hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet.'

Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechtes, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigen Gutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschieden Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Befehlswürde zur Durchführung des Gutachtens der Reparationskommission vorlegt oder auch nur in den vorbereitenden Verhandlungen den Organisationskomitees oder der Reparationskommission irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt.

Die Taktik der Deutschnationalen ist, zunächst das Kabinett Marx zu Fall zu bringen, damit die Verbindung der Mittelparteien untereinander zu lockern, um dann eine günstigere Stellung bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung zu haben. 'Kreuzzeitung' und 'Deutsche Tageszeitung' setzen den Ansturm gegen die Regierung fort. Die 'Deutsche Tageszeitung' droht mit dem Staatsgerichtshof. Jede bindende Erklärung über das deutschnationale außenpolitische Programm wird vermieden, um dadurch die Mittelparteien nicht erneut zusammenzuschließen.

Die 'Zeit', das Organ Stresemanns, gibt folgende Auslegung des orakelhaften Beschlusses von Vorstand und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei:

'Die Fraktion hält es dabei für notwendig, auf Grund des Fraktionsbeschlusses vom 12. Januar d. J. eine Zusammenfassung der staatsbejahenden bürgerlichen Parteien anzustreben. Wenn der 'Tag' auch zu begreiflich scheint, ob die Deutschnationalen mit zu diesen Parteien gerechnet werden sind, so ist es doch selbstverständlich, daß sie mit dazu gehören. Das Problem der Regierungsbildung besteht demnach zunächst darin, über die Haltung der Deutschnationalen in der Frage der Außenpolitik völlige Klarheit zu schaffen.'

Die Deutschnationalen aber wollen diese Klarheit nicht, und der Beschluß der Deutschen Volkspartei erleichtert ihnen das Spiel. Die 'Deutsche Zeitung' hält der Volkspartei entgegen, daß die Haltung der Volkspartei selbst in der außenpolitischen Frage unklar und offen sei. Sie zieht aus der Anerkennung der Deutschnationalen als 'staatsbejahende Partei' durch die Volkspartei die Folgerung, daß auch die Deutschvölkische Freiheitspartei bei dieser Auslegung des Begriffs eine staatsbejahende Partei sei.

Bei dieser Sachlage wird die innerpolitische Debatte ohne klare Ergebnisse weiter gehen. Erst in der kommenden Woche treten Fraktionsführungen der Mittelparteien zusammen, in denen - vielleicht! - Entscheidungen getroffen werden können.

Die französischen Wahlen.

Von Paul Faure - Paris.

Die Niederlage des politischen Gebäudes, das den Namen 'Nationaler Block' trug, wird das Ausland überrascht haben. Ich bin nicht sicher, ob sie nicht ebenfalls die offiziellen Kreise Frankreichs erstaunt und zugleich betrübt hat, denn zwei Tage vor der Wahl ließ das Ministerium des Innern bereits die Niederlage des 'Cartells der Linken' verkünden. Was den Sieg der Sozialistischen Partei betrifft, so dachte niemand daran - außer uns; denn man nahm allgemein an, daß unter dem verschrobenen und verbrecherischen französischen Wahlverfahren und der kommunistischen Gegenliste unsere Aussichten auf ein Minimum beschränkt würden. Jetzt muß man sich vor der vollendeten Tatsache beugen: der Nationale Block ist geschlagen, die Linksparteien haben den Sieg davongetragen.

In dem Lager der Sieger ist die Partei, die am meisten hervorragt, unbestritten die unsere. Zahlenmäßig zählte sie 50 Gewählte in der früheren Kammer. Von jetzt ab überschreitet sie die 100. Aber ihr Sieg ist noch vollständiger und ausgebreiteter in Anbetracht dessen, daß sie es war, die die Schlappe des Nationalen Blocks vorbereitet und bewerkstelligt hat. Der Nationale Block ist geschlagen worden wegen seiner verheerenden Finanzpolitik; die den Armen belastete und die Spekulanten und Großkapitalisten begünstigte, ferner wegen seines reaktionären Gebarens, da er durch die reine Rechte beherrscht war und schließlich wegen seiner äußerst politischen, die ihre getrennten Auffassungen vertrat und Wege ging, wobei die wirklichen Interessen Frankreichs und ebenso die Europas verkannt wurden. Dabei muß man beachten: Die Sozialistische Partei allein hat seit dem 16. November 1919 den hartnäckigsten Kampf gegen diese ganze Politik geführt. Sie hat sich nicht begnügt mit einer formellen Opposition oder mit unnützer oder negativer Kritik. Für jede Frage, für jedes Problem hat sie ihre eigenen Lösungen vorgebracht, die bis ins einzelne durchgearbeitet und durchführbar waren, ohne auch nur im geringsten zu irgendeinem Zeitpunkt auf ihre idealen Auffassungen zu verzichten. Sie hat diese hartnäckige und schwierige Schlacht mit nur 50 Gewählten geschlagen, als eine durch die Spaltung geschwächte Partei, die ihres Zentralorgans durch die Kommunisten beraubt war. In der Kammer standen wir anfänglich ebenfalls isoliert. Die Zurückhaltung der Radikalen Partei war zunächst vollständig. Erst als wir in gewissen Punkten gewannen, als wir dem Nationalen Block Stellung auf Stellung entzogen, erwarbte die radikale Opposition, schwankend und schüchtern. Insbesondere waren wir allein, um den Kampf gegen das Ruhrabenteuer zu führen. An diese Dinge muß man erinnern, um die Bedeutung des Wahlausfalls vom 11. Mai zu verstehen.

Der Nationale Block ist also geschlagen, er verliert mehr als 100 Sitze. Die radikale Linke wird regieren können. Was wird jetzt geschehen? Hier kommen wir in das Gebiet der Vermutungen, und der vorsichtige Mann darf sich nur sehr zurückhaltend vorwagen. Aber was als möglich und erwünscht erscheint, ist die doppelte Krise im Ministerium und in der Präsidentschaft, die bevorsteht und notwendig ist. Poincaré und Millerand gehen als Verantwortliche aus der Abstimmung hervor; ihr Abtreten ist wahrscheinlich. Auf alle Fälle verlangen wir es nachdrücklich. Aber wer wird die Regierung übernehmen? Briand mit Vertretern der Linken und der Rechten gemischt? Herriot mit einem mehr nach links ausschlagenden Rad? Niemand kann es noch wissen. Das wird von den Radikalen selbst abhängen, den ewig Zögernden, die von kurzfristigen Steuerleuten geführt werden, die unaufhörlich kreuz und quer fahren, wenn gehandelt und gerade aufs Ziel losgegangen werden muß. Ich erinnere u. a. auch daran, daß im November 1919 die offiziellen Statistiken als gewählte Radikale, die als Parteianhänger eingeschrieben waren, 130 oder 140 Abgeordnete angaben. Nach der Wahl waren es nur noch 85! Diesmal wird es vielleicht umgekehrt sein. Aber warten wir das ab und fällen wir nicht verfrüht Urteile über eine Situation, die noch etwas dunkel ist. Für den Augenblick bleibt eine Tatsache gewiß und erfreulich: der Nationale Block liegt am Boden und der Sozialismus hat sich kräftig erhoben und nimmt seinen Vormarsch wieder auf.

Und die Kommunisten? Sie haben sich so übel als möglich benommen. Heberall führten sie gegen die Sozialistische Partei einen abscheulichen Verleumdungsfeldzug. Aber außer im Gebiet von Paris ist ihr Mißerfolg vollkommen gewesen. Ihre Vertretung in der neuen Kammer wird 27 Mandate betragen. Wenn man weiß, daß sie in Paris und dessen Umgebung allein 18 Gewählte haben, bekommt man eine Vorstellung von ihrer Schwäche in dem übrigen Frankreich. Ach, dieses Paris! Ein entartetes Milieu, wo der Geist der Unzufriedenheit herrscht und wo die Demagogie mitunter üble Verwünschungen anrichten kann. Paris war einst boulangistisch, dann nationalistisch, während der Zeit der Affäre Dreyfus, dann Nationaler Block im Jahre 1919. Der Kommunismus mußte ihm auch das Kennzeichen

Die Verteilung der Reststimmen.

Der Umfang der Splitterparteien.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat am Donnerstag, nachdem die Wahlergebnisse aus den Wahlkreisen I (Westpreußen) und XVI (Südhannover-Braunschweig) feststanden, endgültig über die Mandate der beiden in Frage kommenden Wahlkreisverbände entschieden. Danach erhalten durch Berechnung im Wahlkreisverband je ein Mandat: Kommunisten, Demokraten und Völkische im Wahlkreis XIV (Weber-Gms), Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei im Wahlkreis XV (Osthannover) und Demokraten und Zentrum im Wahlkreis XVI (Südhannover-Braunschweig).

Table with 3 columns: Party Name, Stimmzahl, Mandate. Includes Sozialdemokraten (434 380), Zentrum (440 718), Deutsche Volkspartei (360 528), etc.

Da die Genossen Hermann Müller, Weis, Crispian, Frau Buchacz, Ditmann und Frau Reize auf ihre Wahl auf der Reichsliste ver-

zichten, gelten als endgültig gewählt auf der sozialdemokratischen Reichsliste: Dr. Hilferding, Dr. Herz, Georg Schmidt, Ulwin Säger, Steinkopf, Stampfer, Dr. Adolf Braun.

Bemerkenswert ist, daß folgende Splitterparteien für die Reichsliste ausfielen, weil sie keine Wahlkreismandate erhalten haben: Unabhängige Sozialdemokraten, Bund der Frauen, Christlichsozialer Partei, Deutsche Arbeiterpartei, Freiwirtschaftsbund, Häuserbund, Nationale Freiheitspartei, Nationale Arbeiterpartei, Arbeiterpartei, Republikanische Partei Deutschlands und Sozialistischer Bund. Das sind im ganzen 11 Parteien, die unnützlich die Stimmen der Reichstagswähler beansprucht haben. Auf sie entfielen im ganzen 824 169 Stimmen. Wären diese Stimmen der Sozialdemokratischen Partei zugute gekommen - und man darf annehmen, daß der übergroße Teil der Splitterwähler sozialdemokratisch gewählt hätte, wenn die Bruchparteien darauf verzichtet hätten, selbständig aufzutreten - so hätte die Sozialdemokratische Partei gut ein Duzend Mandate mehr erhalten. Die Splitterparteien haben also nichts erreicht, als die Linke im Parlament erheblich zu schwächen. Das ist keine Politik, sondern grober Unfug.

Fraktionsführungen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages tritt am kommenden Montag nachmittags 3 Uhr zu ihrer Konstituierung zusammen. Daran wird sich eine Aussprache über die politische Lage schließen, die sich voraussichtlich auch über den Dienstag erstrecken wird.

Die Reichstagsfraktion der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich mit der Reichstagsöffnung zu beschäftigen.

geben. Das ist jetzt geschehen. Das wird solange dauern, wie ein Schlager, der in Mode ist, oder wie eine Grippe-Epidemie. Im übrigen Frankreich sind die proletarischen Massen der Partei treu geblieben, und selbst da, wo die Kommunisten einen Erfolg errungen hatten seit der Spaltung, sind sie in deutlichem Rückgang, wenn es nicht der völlige Zusammenbruch ist. Drei Gewählte im Departement Nord gegen 10 für die Sozialisten, einer im Departement Cher, einer in Seine-Inferieur, einer im Lot-et-Garonne, einer im Unter-Loire. Sie verlieren ihre bisherige Vertretung in den Departements Rhône-Mündung, Rhône, Corrèze und Tulle. In dem Departement Haute-Vienne sind die 5 bisherigen sozialistischen Abgeordneten mit absoluter Mehrheit wiedergewählt worden, und zwar mit mehr als 50 000 Stimmen gegen 5000 für die Kommunisten. In dem Kohlengebiet des Bas-de-Calais haben die Sozialisten 6 Gewählte, die Kommunisten keinen. In Soane und Loire springt die Niederlage der Kommunisten am besten in die Augen. Es handelt sich um industrielles Departement, wo die ungeheuren Arbeitermassen von Creusot, von Montceau-les-Mines, von Monchanin, von Chalon den Sozialisten einen durchschlagenden Sieg verschaffen. In dem Creusot der Schneiderwerke selbst erhalten wir 3200 Stimmen gegen 3200 für den Nationalen Block und 600 für drei andere Listen, darunter die kommunistische Liste. Diese erhält 6400 Stimmen insgesamt im Durchschnitt gegen 67 718 auf die sozialistische Liste. Wir bekommen 5 Sitze von 8, die der Nationale Block befaßt. Es haben uns 2719 Stimmen gefehlt, um die absolute Mehrheit zu erlangen und die 8 Sitze zu erringen. Wenn der Kapitalismus von Schneider in diesem Departement 2 Abgeordnete und die Radikalen einen haben, so ist das allein die Folge der einigen tausend Stimmen, die verloren gegangen sind — nicht für alle — auf der kommunistischen Liste!

Man sieht, unser Erfolg ist erfreulich, und unser Ansehen in der öffentlichen Meinung und bei den Massen der Arbeiter und Bauern wächst. Jetzt heißt's: an die Arbeit! Die schwierige Stunde beginnt erst. Aber wann wir einig zu bleiben wissen, wenn der Gedanke und die Lehre des Sozialismus uns binden und leiten, haben wir vor uns eine prächtige und ertragreiche Aufgabe.

Die Stunde der Sozialisten.

V. Sch. Paris, 15. Mai.

Der für den 1. Juni offiziell angekündigte Rücktritt des Ministerium Poincaré ist als eine Selbstverständlichkeit und ohne jede Erregung aufgenommen worden. Seine berufsmäßigen Pressevertreter von gestern machen ein paar rhetorische Verbeugungen vor dem Manne der Ruhepolitik, überschülten ihn aber mit Vorwürfen wegen seiner Unentschlossenheit der inneren Politik, die die eigentliche Schuld an der Wahlkatastrophe vom 11. Mai trage. Tatsächlich hat die Art, wie er bei der Krisis seine besten und treuesten Freunde über Bord warf, nur um sich selbst zu helfen, die meisten seiner eigenen Anhänger angewidert. Und so wird der Mann, der fast 30 Monate lang tyrannisch über ganz Europa gebot, song- und langlos von der politischen Bühne verschwinden.

Dagegen wachen sich Bestrebungen bemerkbar. Millerand zu halten. Verschiedene Blätter des Nationalen Blocks tun so, als ob die überparteiliche Stellung des Präsidenten der Republik durch den Wahlausgang keineswegs berührt worden sei. Weit komplizierter und für Deutschland auch unmittelbar wichtiger ist die schon jetzt endgültig aufgeworfene Frage der Rückfolgerchaft Poincarés. Für den Fall einer Schwächung des Nationalen Blocks kam von vornherein ein Ministerium Briand oder ein Ministerium Herriot, je nach dem Grade dieser Schwächung, in Betracht. Auch heute stehen diese zwei Namen im Vordergrund der Erörterung, und da der Ruf nach links weit stärker ist als man annahm, ist naturgemäß vor allem von einem Kabinett Herriot die Rede.

Kun aber werden die neuen Probleme offenbar, die unmittelbar die Sozialistische Partei Frankreichs mindestens mittelbar aber auch

die Sozialistische Arbeiterinternationale einschließend der deutschen Sozialdemokratie berühren. Es ist dies in erster Linie das Problem des Ministerialismus, auf deutsch der Koalitionspolitik. Die französische Partei ist niemals einheitlicherer Auffassung gewesen, und es war kein Geringerer als der große Jaurès, der in der Zeit der Regierung Combes zu Beginn des Jahrhunderts „ministeriell“ gestimmt war, aber als disziplinierter Parteigenosse für sich dem Rangsch der eigenen Partei und der Internationalen (Amsterdamer Resolution) und lehnte im Gegensatz zu Briand ab, den Weg Millerands und Blaisis zu gehen. Vor allem sind es die drei letzten Namen, die die französischen Genossen nach wie vor schrecken. Deshalb sind sie in ihrer Mehrheit sowohl in der Parteileitung sowie in den meisten Bezirksverbänden Gegner einer Koalitionspolitik. Sie kommen dies um so leichter sein, als in den letzten Jahren diese Frage für sie rein theoretischer Natur war.

Jetzt aber, infolge der unerwartet starken Niederlage des Nationalen Blocks und der über Erwartetes großen Erfolge der Sozialisten, ist diese Frage nicht nur in den Bereich der praktischen Erörterungen gerückt, sondern von ihrer Beantwortung hängt sogar die Gestaltung der neuen Regierungspolitik und damit auch die gesamte europäische Entwicklung in hervorragendem Maße ab. Wenn Herriot, wie allgemein erwartet wird, mit der Bildung des Kabinetts betraut wird und die direkte Beteiligung der Sozialisten als Vorbedingung verlangt, jedoch einem ablehnenden Bescheid begegnen sollte, so wäre es durchaus möglich, daß sich im Antisozialistischen Lager Widerstände gegen eine Kombination geltend machen und durchsetzen, die von den draußen stehenden Sozialisten abhängig sein würden. Dann wäre die Stunde Briands gekommen, und um die französisch-parlamentarische Terminologie zu gebrauchen, müßte an Stelle eines Ministeriums des „Blods der Rechten“ ein Ministerium der „Konzentration nach links“ zu bilden sein. Das würde bedeuten, daß die Gruppe Louchour-Jaunesel den Anschluß an die neue Regierungspolitik finden und damit die Verbindung mit dem alten nationalen Block aufrecht erhalten könnte. Dies hätte nicht nur eine Vermäßigung der von der Mehrheit des Volks gewünschten neuen Politik, sondern auch über kurz oder lang einen Bruch mit der Sozialistischen Partei zur Folge. Ist aber die Sozialistische Fraktion in Opposition getreten, so wäre eine neue Konstellation wenigstens mit einem Teil des alten nationalen Blocks kaum zu vermeiden, besonders dann nicht, wenn es Millerand gelingt, seine „Schiedsrichterstellung“ als Präsident der Republik zu behaupten.

Es ist notwendig, schon jetzt eine solche Entwicklung ins Auge zu fassen und sich ihrer unabwendbaren Rückwirkungen bewußt zu sein: ein Rückfall in die Methode Poincarés würde nach den berechtigten Hoffnungen, die in ganz Europa an das französische Wahlergebnis und an den Rücktritt Poincarés geknüpft wurden, ganz besonders gefährlich werden. Daraus kann man ersehen, wach schwere Verantwortung in den allerletzten Tagen auf unseren französischen Genossen lastet. Ihre Stellung ist um so schwieriger, als die deutschen Wahlergebnisse die Schwächung der deutschen Partei, ihre Ausschaltung aus der Reichsregierung, kurz die ganze ungewisse Zukunft der deutschen Politik für sie von besonderer Wichtigkeit mahnen.

Deshalb hängt vieles, vielleicht alles davon ab, was nun in Deutschland geschieht. Zwölf Tage trennen uns noch von dem Zusammentritt des neuen Reichstages, sechzehn Tage von dem Zusammentritt der neuen Deputiertenkammer. Diese Tage sind für ganz Europa von höchstschwerer Bedeutung!

Wie oft haben wir gesagt, daß der Weltkrieg niemals ausgebrochen wäre, wenn 1914 die Sozialisten in Deutschland und Frankreich am Ruder gewesen wären. Jetzt gilt es, den Weltkrieg wieder herzustellen, und dazu braucht man Helden und Brüden die Arbeit der Sozialisten.

Der „Populaire“ muß eingehen!

Paris, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir hören, fecht sich der „Populaire“, das Pariser Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs, genötigt, aus finanziellen Gründen am 1. Juni sein Erscheinen einzustellen. Trotz der Opferbereitschaft vieler Kreise ist es nicht möglich gewesen, die Mittel für die weitere Aus-

gabe des mit starkem Defizit arbeitenden Blattes sicherzustellen. Das Eingehen des Blattes, das seit neun Jahren unter Jean Blum, Jean Longuet und Paul Faure im Zweifrontenkampf, erst gegen die Radikalen, dann auch gegen den Kommunismus, der Partei unschätzbare Dienste geleistet hat, ist doppelt bedauerlich gerade am Tage nach einer Wahl, die dem französischen Sozialismus über 100 Mandate zu sichern vermocht hat.

103 Sozialisten.

Paris, 15. Mai. (E.P.) Die Kontrolle der Wahlergebnisse hat nun auch im 4. Wahlkreis (Seine-Departement ohne Paris) den Kommunisten zu einem neuen Sieg verholfen. Im Departement Seine-Inférieure ist außerdem ein Sozialist an Stelle eines Radikalen als gewählt proklamiert worden.

Tagung des Parteiaussschusses.

Der Parteivorstand hatte für gestern, Donnerstag, den Parteiaussschuß zur Erledigung mehrerer Fragen nach Berlin einberufen. Zunächst erklärte sich der Parteiaussschuß mit dem Vorschlag des Parteivorstandes, den Parteitag mit der ursprünglich aufgestellten Tagesordnung am 11. Juni in Berlin abzuhalten, einverstanden. Außerdem beschäftigte er sich mit der nach den Wahlen entstandenen politischen Lage. Im Vordergrund der Besprechungen standen die jüngsten Fortschritte in Halle. Allgemein wurde die Anregung zum Ausdruck gebracht, bei gegebener Zeit wichtige Kundgebungen für die Republik zu veranstalten. Schließlich billigte der Parteiaussschuß noch einen Referat des Genossen Bels fast einstimmig (eine Stimme war dagegen) die vom Parteivorstand beschlossene Aktion zur Herbeiführung eines Volksentscheides über die Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenberichts.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde mitgeteilt, daß in verschiedenen Gemeinden die kommunistischen Fraktionen an unsere Gemeindevorsteher herantreten, um sie zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften in den Stadt- und Landparlamenten zu veranlassen. Demgegenüber ist der Parteiaussschuß einmütig der Auffassung, daß unsere Parteigenossen grundsätzlich jede Arbeitsgemeinschaft ablehnen müssen und sich die volle Freiheit ihres Handelns zu bewahren haben. Ferner bekräftigte der Parteiaussschuß seine Meinung dahin, daß bei den Geldsammlungen für die streikenden Bergarbeiter nur auf Grund der von den Gewerkschaften herausgegebenen Listen Beiträge gezeichnet werden sollen. Alle Sammlungen auf Betriebslisten oder solchen von Einzelpersonen sollen abgelehnt werden.

Ein Ministerpensionsgesetz für Preußen.

Der Hauptausschuß des Reichstages verabschiedete am Donnerstag das preussische Ministerpensionsgesetz. Danach erhalten ausscheidende Minister, sofern sie vier Monate im Amt waren, ein Uebergangsgeld für die Dauer von drei Monaten. Bei längerer Amtsdauer wird das Uebergangsgeld bis zur Höchstdauer von zwei Jahren gewährt. Das Uebergangsgeld beträgt während der ersten sechs Monate 50 v. H., während der folgenden sechs Monate 70 v. H., der weiteren sechs Monate 80 v. H. und schließlich 45 v. H. der Dienstbezüge eines Staatsministers. Vor ein ausscheidender Minister vier Jahre im Amt und hat er beim Ablauf des Uebergangsgeldes das 7. Lebensjahr vollendet, so erhält er im Anschluß an das Uebergangsgeld ein Ruhegehalt. Dessen Höhe richtet sich nach der Länge der Amtszeit und beträgt 25 v. H. der Dienstbezüge eines Staatsministers bei vierjähriger, 30 v. H. bei fünfjähriger Amtsdauer und erhöht sich für jedes weitere Jahr um 2 v. H. Das Ruhegehalt darf jedoch im Höchstfalle 40 v. H. der Dienstbezüge eines Staatsministers nicht übersteigen. Diese Regelung bezieht sich lediglich auf diejenigen Staatsminister, die nicht aus dem Beamtenstand hervorgegangen sind. Gegen den Gesetzesentwurf stimmten die Deutschnationalen und Kommunisten.

Der französische Senator d'Estournelles de Constant ist gestorben. Mit ihm verlieren der deutsch-französische Verständigungsgedanke, Pazifismus, Schiedsgerichts- und Völkerverbund eine ihrer besten Bekämpfer.

Relativität.

Konzertumschau von Kurt Einger.

Alles ist relativ; auch in der Kunst. Im Romant des Geniebens nimmt man mancherlei als selbstredend und als gelingend hin, während es hinterher im Vergleich mit anderen Leistungen als geradezu großartig und einzig, oder auch als mittelmäßig erscheint. Rückwärts betrachtet ist also doch der Zander'sche Volkschor nicht nur als der voluminöseste und stimmkräftigste, sondern auch als der eindrucksvollste aller nichtbürgerlichen gemischten Chöre anzuerkennen. Johannes Siebmann wirkt mit seinem Oratorienverein im stillen sehr Gutes aus. Mängelt eine missa solemnis von eindringlicher Kraft, jetzt eine „Schöpfung“ von frohender Innigkeit. All die in den letzten Jahren aufgeschaffenen, schnell zusammengewürfelten, naturdächtig erzeugten gemischten Chöre kommen an traditioneller Sicherheit und verantwortungsvoller Erziehung nicht gegen Zanders und Siebmanns beneidenswert disziplinierte Klangkörperleistung auf. Um so mehr auf geworrt werden, solche Wirkungen durch „Einstellung der Dirigenten auf rein orchestrale Werke mit angegliederten Chören abzuschwächen. Auch Dörs und Schumann und Rüdert könnten bei der 9. Sinfonie scheitern. Sie halten sich klug davon zurück. Alle Kunst, alle Kunstfertigkeit ist relativ.

Auch die eines musikalisch-urbegabten Mannes wie Kleiber. Immer wieder ist er Problem, stets er Problema. Die berühmteste aller Bachschen Suiten, die in D-dur, findet in ihm einen minutiösen Deuter des kleinsten rhythmischen Gebüdes. Und doch wird Gesang frei, tonhöflich von der Staatsoperkapelle gelehrt. Höchste Befriedigung des Klangs auch in der Weige Woffschals, der die Air mit dem Herzblut trinkt. Ab und zu scheint die andersartige Platzierung der Bläser diesen ein nicht gewolltes Uebergewicht zu verleihen. Im zweiten Teil des Programms des „Lied von der Erde“ (Mahler). Man erwartete sich ein Fest. Und es wurde eine belanglose, im Zusammenspiel gerade eben fertig geworden, fast unsichere Ausführung. Im ersten Bild waren wohl Sänger und Orchester nicht ein einziges Mal wirklich prägnant im Einsatz beisammen. Der symphonische Tenorist verdeckte oft die mangelnde Tragfähigkeit der Stimme durch Sprechen. Frau Cahier schien gleichgültiger in der Höhe, schlaffer als je. Haben Gespieler sie mitgenommen? Kleiber hing mit dem Kopf und dem Gewissen an der Partitur. Etwas Selbständiges an Empfindung und Führung vermisse man. Der Frühling sah ihm nicht in den Handgelenken. Man sollte ein Werk, wie das „Lied von der Erde“ erst dirigieren, wenn man es — zum zehnten Male dirigiert (sogusagen). Aber wir wollen bei Kleiber und seinen unsicheren Musikern schon beim zweiten Male wiederkommen. Denn auch das Urteil über musikalische Leistungen ist relativ. Zur Entschuldigend des schon genannten Einzeldrucks sei übrigens gesagt, daß ich die öffentliche Aufführung hörte, wo wohl der Tenorist der größte Störenfried war.

Von den bestkreditierten Solisten der Woche (Anfrage, Eisner, Schwarz, Leubenthal), über die nach dem Erlebnis mit dem Kultur-Roger Hayes kaum Neues für Europäer zu sagen ist, schweift das Ohr zurück zu dem dritten Konzert des Hilfsbundes für deutsche Kunstpflege. Richard Stern widmet ihr seine väterliche Sorge, ohne Rücksicht auf früheren Erfolg. Zwei Namen hörte man zum erstenmal, Victor Reichel und Walter Boehr. Ersterer zeigt in einem Quartett Op. 3 noch reichlich Verwirrenheit und Verwahrheit in dem Saiteninstrument, offenbar aber gleichzeitig im langsamen Teil eine weiche, fast weibliche Sehnsucht nach Gesang. Ein Quartett mit modernem Vorzeichen. Die Sonate Op. 3b von Walter Boehr klingt alles andere als schön. Zugegeben. Es ist ein tadels, jugendliches Stück, das Hermann Hoppe hier mit der gleichen jugendlichen Redlichkeit heruntermacht. Vieles klingt sehr bewußt, absichtlich dem Tonalen widerstrebend, hemmungslas Stimmen und Rhythmen durcheinanderwirbelnd. Eine chaotische Phantasieorgone, in der eine musikalische Kraft hämmert und meißelt. Nicht gerade sonatengerecht, oder doch mit einem Drang zu Steigerungen, die sich lösen, Entwicklungen, die eine Organik im Reim enthalten. Impressionen der begabten, wilden Buberlüt. Das ist noch nicht viel, aber es macht dennoch neugierig auf Wählung, auf persönliche Reinigung eines musikalischen Temperaments, das dort anfängt, wo Schönberg aufhört. Niedergang der Kunst? Schöpferische Futurist? Das Wofolue durchschauend mir nicht, Relativität ist unser Befehl. In dem Teil der stagnierenden deutschen Kunst fehlt die Hebe. Vielleicht ist Boehr ein Hebe-Bazillus.

Emanuel Reicher gestorben.

Der Altshöfper des naturalistischen Bühnenaufflusses.

Emanuel Reicher ist gestern mittig, fast 75 Jahre alt, gestorben. Mit ihm tritt nicht nur einer der bedeutendsten Bühnenarbeiter der deutschen Bühne vom Schauspiel ab, sondern auch eine Persönlichkeit, die auf die Entwicklung der modernen Schauspielkunst von tiefstem und nachhaltigstem Einfluß gewesen ist. Im Juni 1849 in Bockna in Galizien geboren, versuchte er sich schon als Gymnasiast, damals der deutschen Sprache noch nicht vollkommen mächtig, wiederholt auf der Bühne. Als Mitglied reisender Gesellschaften durchzog er die Kleinstädte Ungarns, fand dann feste Engagements am Josephstädter Theater in Wien, am Münchener Residenz-Theater, in Hamburg und Oldenburg, bis er 1887 an das Residenz-Theater nach Berlin kam. Hier fand Reicher, der sich bis dahin überwiegend in klassischen Rollen versucht hatte, das feiner künstlerischen Natur zugrunde liegend Feld der Betätigung. In Konversationsrollen meist minderwertiger Pariser Boulevardstücke entwickelte er sich zum Vertreter und Vorbild einer neuen Schule, des „naturalistischen“, wie man ihn damals nannte, und als Brahms und Schönerer beide darauf die Freie Bühne gründeten, wurde Emanuel Reicher die schauspielerische Stütze der neuen literarischen Schule.

Bei Aufführungen der Werke Gerhart Hauptmanns entfaltete seine vom Altüberbrachten radikal abweichende Spielweise Stürme der Begeisterung und — des Entsetzens. Dies trat besonders deutlich bei der Premiere des „Friedensfestes“ zutage, wo ein Teil des Publikums für Raub, als den Vertreter des Alten, Partei nahm, während der andere Reicher, dem Herold des Neuen, jubelte. Die damals junge schauspielerische Generation trat in die Fußstapfen Reichers. Der von ihm erschlossene Weg wurde nachgeahmt für Künstler wie Rudolf Kittner, Sauer, Eise Behmann. 1890 kam Reicher ans königliche Schauspielhaus, zwei Jahre später ans Deutsches Theater, und als 1894 Brahm Direktor des Deutschen Theaters wurde, nahm er seinen alten Kampfgenossen in sein Ensemble auf. Ein unverwundlicher psychologischer Realismus, feinste Akzentierung, und der Schein des Improvisierten, im Augenblick Neugeborenen, waren die Hauptmerkmale seines Spiels. Die Zahl seiner Rollen ist unübersehbar. Vor Beginn des Weltkrieges ging Reicher nach Amerika, von wo er nach Friedensschluss wieder zurückkehrte. Jetzt hat ein Herzleiden seinem Leben ein Ende gemacht. J. Schifowski.

Ausfahrten über seine Nordpolarexpedition. Der Polarforscher Knud Arne Jensen gewährte einem Mitarbeiter der Kopenhagener „Politiken“ ein Interview, in dem er folgende Erklärungen über seine Nordpolarexpedition gab: „Ich habe noch einiges in Christiania zu erledigen. Von dort begeben ich mich so schnell wie möglich nach Spitzbergen, um alles bereit zu haben, sobald das Unternehmen losgeht. Wir bekommen ein eigenes Expeditionsschiff, einen richtigen Eisbrecherdampfer, der bei Tromsø liegt und mit einem guten Radio- sender ausgerüstet ist. Was die Basis der Expedition anbelangt, wäre es am besten, wenn man bis zur Eisrenze vordringen und die Flugmaschinen erst dort in Betrieb setzen könnte. Ein einziger Kilometer kann ja entscheidend sein. Diesen Gedanken müssen wir jedoch aufgeben. Auch die Spitzbergen, die am weitesten nach Norden liegen, sind infolge der Strandverhältnisse unzugänglich. Es bleibt also nur die Danische Insel, die Insel, die auch der Ausgangspunkt Andrés und Wellmanns war. Die Flugzeuge werden nach Spitzbergen auf dem Luftwege kommen. Dies entspricht einem Wunsch des Koblenz-Dornier. Die Flugzeuge werden bei Løst in Holland und in Kopenhagen Zwischenlandungen vornehmen. Auf dem Landungsplatz in Kopenhagen können die Flugzeuge am 6.—7. Juni erwartet werden. Als Piloten sind der Amerikaner Davison, der Norweger Røiser Larsen und der Italiener Cucatelli in Aussicht genommen. Sobald es das Wetter erlaubt, wird der Flug über eine Strecke von 3500 Kilometern angetreten. Die Maschinen sind mit Doppelmotoren ausgerüstet und die Durchschnittsgeschwindigkeit wird unter allen Umständen nicht weniger als 150 Kilometer betragen. Sobald wir den Pol erreicht haben werden, fliegen wir in gerader Linie nach Alaska weiter. Wir werden bei Point Barrow landen. Hier gibt es eine Fläche von einer Million Quadratkilometern, die noch nie ein Mensch erschaut hat. Es wird eine wichtige geographische Aufgabe sein, festzustellen, woraus dieses Gebiet besteht, ob aus Sand und Gerölle oder ob aus einer ewigen Eislage. In Point Barrow werden wir die Gäste der paar dort wohnenden Eskimos sein. Wir

Hakenkreuz und Stahlhelm.

Die Folgen des „Deutschen“ Tages in Halle.

Halle, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Einwohnerschaft von Halle kommt seit dem Sudendorff-Kummel nicht mehr zur Ruhe. Am Mittwoch in der zehnten Abendstunde verübte ein etwa 60 Mann starker, unter Führung eines früheren Offiziers stehender Trupp Hitler-Gardisten am Saaleufer berartige Schandthaten, daß selbst dem rechtsintelligenten Epischer die Galle überlaufen mußte. Die Hitlerianer verprügelten ohne Ansehen mit arnitarischen Stöcken Spaziergänger, Passanten, die sich beschwerten, bekamen ebenfalls ihre „Portion“. Ein Schutzpostenbeamter konnte gegen den Böbel nichts ausrichten. Als endlich das Heberfallkommando erschien, konnte dem Spiel ein Ende gemacht werden. Ein Teil der Randalen wurde festgenommen. Auf der Wache konnte man ihnen eine Anzahl geladener Pistolen abnehmen. Nach der Verhaftung wurden die Durschen sofort entlassen und von Schutzpolizeibeamten nach Hause begleitet.

Höfen, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bezeichnend für den Geist der Sudendorffer ist die Tatsache, daß in diesen Tagen an den Gräbern der Rathenau-Wärder in Soled bei Köben eine Parade der Hakenkreuzler stattfand. In geschlossener Formation, mit Musik an der Spitze, erfolgte der Aufmarsch.

Auch diese Meldungen zeigen, wie notwendig es ist, den sogenannten vaterländischen Veranstaltungen der Völkischen jede behördliche Genehmigung zu verweigern und dort, wo die Anordnungen der Regierung mißachtet werden, mit scharfsten Mitteln vorzugehen. In Halle ist man jetzt glücklich so weit, daß sich die Deutschvölkischen in Folge der Duldung des Hakenkreuzzuges als die Herren der Straße betrachten. Die Vorfälle bei der Bestattung des bei den Zusammenstößen ums Leben gekommenen Schutzpolizisten, die oben gemeldeten Roheitsdelikte und die völkischen Ausschreitungen in Dessau beweisen, daß man in Mitteldeutschland von bayerischen Zuständen nicht mehr weit entfernt ist. Sollte es wahr sein, daß in Halle Teile der Schutzpolizei bereits mit den völkischen Aufwieglern fraternisieren, dann ist es Zeit, den säubrenden Befehl in Bewegung zu setzen.

Die vaterländischen Verbände besitzen die Freiheit, in einer anpruchsvollen Erklärung gegen das Verbot der von den Völkischen beabsichtigten Schlageter-Parade zu protestieren. Die Regierung wird hoffentlich nicht verabsäumen, diesen Herren, die hinter der nationalen Phrase ihre staatsfeindlichen Ziele verbergen, mit gebührender Deutlichkeit zu antworten.

Der „Mianentag“ in Fürstenwalde verboten.

Der preussische Innenminister Gen. Severing hat die Genehmigung zu dem von den Rechtsradikalen am nächsten Sonntag in Fürstenwalde bei Berlin geplanten Mianentag nicht erteilt. Er benutzt in dem Bescheid diese Gelegenheit, um erneut darauf hinzuweisen, daß wegen des bestehenden zivilen Ausnahmezustandes Umzüge und sonstige Veranstaltungen unter freiem Himmel generell verboten sind und der preussische Innenminister nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Genehmigung zu derartigen Veranstaltungen erteilt. Wo eine Genehmigung nicht vorliegt, besteht ohne weiteres das Verbot.

Der Verein Vorkriegs-Kämpfer in Bzich hatte für letzten Sonntag eine Fahnenweihe mit Umzügen angekündigt. Das Ganze war als Schaulust auf dem deutschvölkischen Sinne gedacht. Auch hier hat das Innenministerium die Genehmigung für die Demonstration im Freien verweigert. Der Verein mußte sich mit Veranstaltungen in geschlossenen Räumen begnügen.

Dresden, 15. Mai. (Z.) Die vom Berwölff für den 18. Mai in Sankt-Gotthard geplante Fahnenweihe, verbunden mit Umzügen und Bedruf, wurde vom Ministerium des Innern verboten. Ebenso ist die Gegendemonstration verboten worden, zu der im „Kämpfer“ (Chemnitz) von den Kommunisten aufgerufen worden war.

werden aus unseren Bergen und Doldepots, die dort liegen, unsere Borräte auffüllen und nach Süden, in Richtung der zivilisierten Welt, weiterfliegen.“

Das Zeitalter des Aluminiums. Wir leben seit unendlichen Zeiten unter der Herrschaft des Eisens und des Stahls, und diese beiden Metalle bilden geradezu die Grundlage der modernen Zivilisation. Gehen einmal die Eisenvorräte zu Ende — und alles Erdische hat ja einmal ein Ende — dann ist auch unsere Zivilisation eine absolute Unmöglichkeit. Es ist deshalb schon ein Ertrag, eine Ergänzung unseres Eisens- und Stahlbestandes wünschenswert. Dr. Walter Rosenheim, der seit 1906 Superintendent des Reichsanstalts für die Untersuchung der physikalischen Eigenschaften von Metallen ist, stellt denn auch in der „Morning Post“ nach dem Zeitalter des Stahles ein Zeitalter des Aluminiums in Aussicht.

Wie man weiß, werden namentlich Kochgeschirre und allerlei andere geringere Gegenstände schon lange aus Aluminium, dem bekanntlich nicht schwerwiegenden silberweißen Metall hergestellt. Da ist man vor kurzem wie durch einen Zufall auf den Gedanken gekommen, das Aluminium, mit dem auch das eine oder andere Metall, z. B. Kupfer, legiert wird, zu wichtigeren Zwecken zu verwenden. Eine Firma, die ihre Ware in Stahlbehältern an ihre Kunden beförderte, hätte mehr solcher Behälter anfertigen müssen, überlegte sich aber, daß dieser Transport so viel kostete, nicht weiß zahlen müßte, und daß dieser Transport so viel kostete, nicht weiß zahlen müßte, und daß dieser Transport so viel kostete, nicht weiß zahlen müßte. Sie ließ daher Behälter aus Aluminium anfertigen und ersparte dadurch mehr als die Hälfte der Transportkosten. — Die Ingenieure legen besonderes Gewicht auf die wertvolle Eigenschaft der Leichtbarkeit des Aluminiums. Man denkt jetzt an die Möglichkeit, selbst die großen Brücken, über die schwere Güterbahnwagen hindurchzuführen, ferner die Wagen der Untergrundbahnen, Autos usw. aus Aluminium oder Aluminiumlegierung, die noch tragfähiger ist, herzustellen. So könnte man in der Tat von einer Meta des Aluminiums sprechen.

Kostbare Gegenstände. Genosin Kautschuk, die die Briefe Kola Stenborg an ihre Freunde beiseite gegeben hat, will noch ein neues Abenteuer haben sammeln, um ihr letztes Abenteuer ins Auge zu fassen. Sie hat alle die entsprechenden Briefe von K. erhalten, sie hat alle die entsprechenden Briefe von K. erhalten, sie hat alle die entsprechenden Briefe von K. erhalten.

Zur Gefeier des 100-jährigen Jubiläums. Der bekannte Dozent an der Berliner Hochschule, Prof. Dr. D. H. H., hat am 15. Mai und 2. Juni, abends 7½ Uhr, in der Vereinigung der Freunde des Carl-Liebig-Bauvereins drei Vorträge über die Geschichte des Lebens und die Entwicklung der Wissenschaften gehalten. Die Vorträge fanden im Beisein der 21 Gemeindeglieder, Carl-Liebig-Bauverein, 18/15, statt. Der Eintritt ist frei, Gäste willkommen.

Deutsche Gesandtschaft in Russland. Die Presse äußert sich bezüglich über den Plan der Samstagsreise für Wissenschaftler, die deutschen Gelehrten Prof. Max Müller (Spezialist für Paläontologie) und Prof. Franz (Spezialist für Paläontologie) zur Untersuchung im baltischen Laboratorium in Saratow einzuladen. Das russische Institut für Wissenschaften, das jetzt im Sommer auf einem Dampfer untergebracht ist und Keilen macht, hat von der Universität Jena um Überweisung eines Wagens an einen Genossen nachmann für die Dauer der Fahrt gebeten worden. Das Institut will Professor Durchard, den besten Kenner der russischen Verhältnisse, dazu einladen.

Die Unterstüfung der Ausgesperrten.

Keine einheitlichen Richtlinien.

Bochum, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Durch die sich täglich steigende Notlage der Ausgesperrten werden die Unterstüfungsmassnahmen für die ausgesperrten Bergarbeiter zu einer brennenden Tagesfrage. Bei Beginn der Aussperrung im Ruhrgebiet vertrat eine Anzahl von städtischen Arbeitsämtern im Ruhrgebiet den Standpunkt, daß den ausgesperrten Bergarbeitern die Erwerbslosenfürsorge zuteil werden müsse. Wie es heißt, wurde dieser Standpunkt auch von der Regierung in Münster geteilt. Bei der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Bürgermeistertagung in Essen wurde jedoch die Auffassung vertreten, daß die Stadtverwaltungen aus prinzipiellen und wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage seien, Fürsorgemassnahmen für die Ausgesperrten zu treffen. Die bei der Essener Bürgermeistertagung vertretene Ansicht wurde von den Düsseldorf-Regierungsstellen bestätigt. Einheitliche Richtlinien für die Behandlung der Fürsorgefrage für die ausgesperrten Bergarbeiter konnten jedoch bis Donnerstag von den Stadtverwaltungen nicht festgelegt werden. Aus diesem Grunde sind die in den verschiedenen Ruhrstädten getroffenen Massnahmen für die Unterstüfung der Ausgesperrten durchaus unterschiedlicher Natur. So wird beispielsweise in Dortmund und Bochum an die Ausgesperrten in den beschränkten Verhältnissen entsprechend warmer Essen aus den Volksschulen abgegeben. In Dortmund kommen zurzeit 12 000 bis 13 000 Portionen täglich in Frage. In Bochum wird die Mahlzeit zum Preise von 10 Pf. verabfolgt. In Essen erfolgen ebenfalls Speisungen aus den Volksschulen. Ferner wurde eine städtische Sammlung zugunsten der Ausgesperrten unter Kontrolle des Wohlfahrtsamtes organisiert. In Herne sollen zunächst die Kinder der Familien der Ausgesperrten in den Volksschulen verpflegt werden. In Mitten, Essen und im Landkreise Bochum sind keine allgemeinen Massnahmen für die Unterstüfung der Ausgesperrten bisher getroffen. Eink. Unterstüfungen aus den Mitteln der städtischen Fürsorge erfolgen von Fall zu Fall. In Oberhausen gewährt die Stadtverwaltung den Ausgesperrten Beihilfen durch Naturalien im gleichen Betrage der Erwerbslosenfürsorgegelder. Die Frage der Unterstüfung der durch die Aussperrungen im Ruhrbergbau, insolge Betriebsstilllegungen in der Eisen- und Stahlindustrie erwerbslos gewordenen Metallarbeiter ist bisher noch nicht geklärt. Falls durch ein längeres Andauern der Stilllegung des Ruhrbergbaues die Metallindustrie zum Erliegen kommt und dadurch das Heer der Arbeitslosen um Zehntausende vergrößert wird, werden die Stadtverwal-

tungen vor eine Lage gestellt, deren Schweregrade unübersehbar sind.

Eine Erklärung des Zechenverbandes.

Essen, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Zechenverband vertritt durch die Telegraphenbureau eine neue programmatische Erklärung, in der betont wird, der Zechenverband besteht unter allen Umständen auf der Achtundsechzig unter Tage und dem Zweischichtensystem über Tage. Abgesehen von dieser Feststellung, die konsequent durchgeführt, allein schon die in Berlin geführten Verhandlungen zum Scheitern bringen müßten, ist die Rede des Zechenverbandes auch in einer weiteren Hinsicht interessant. Es heißt in ihr nämlich:

Für den Bergbau handelt es sich bei den Verhandlungen nicht darum, ein paar Prozent Gewinn mehr zu erzielen, sondern die Zechen kämpfen um ihre Existenz. Die meisten von ihnen arbeiten, solange die Reparationskosten nicht auf das Reich übernommen werden, mit Verlust.

Daß es sich für die Zechenbesitzer nicht ausschließlich um ein paar Prozent Gewinn handelt, glauben auch wir annehmen zu dürfen. Aber im Grunde geht es den Zechenbesitzern um mehr. Es handelt sich für sie um ihre Existenz, d. h. um jene Existenz als Untertanen, die sich seit einiger Zeit in den Betrieben höchst unliebsam bemerkbar macht.

Willkürliche Stilllegung.

Bochum, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Direktion des Bochumer Vereins versucht, das gesamte Werk ob Freitag gänzlich stillzulegen. Es haben bereits Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Betriebsrat stattgefunden. Der Betriebsrat vertritt die Auffassung, daß die Notwendigkeit einer Stilllegung einzuweisen nicht vorliegt, da noch Brennmaterial genügend vorhanden sei.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten.

Essen, 15. Mai. (Z.) Im Anschluß an eine Versammlung der Kommunisten, die gestern abend im Circus Hagenbed abgehalten wurde, zogen die Teilnehmer in geschlossenem Demonstrationszuge durch die Grabenstraße zum Sankt-Andreas-Bier. Kurz vor diesem verfuhr ein Polizeiaufgebot von etwa 15 Mann unter Führung eines Kommissars den Zug aufzulösen. Aus der Menge fielen hierauf Schüsse, durch die der Kommissar Ibsen an der Hand verletzt wurde. Weiter bedrohten die Demonstranten die Polizei mit Totschlägern. Die Beamten zogen darauf blank und säuberten die Straßen. Dabei wurden einige Personen, bei denen Waffen gefunden wurden, verhaftet. Ferner wurden im Segerothviertel aus dem Hinterhalt nochmals Schüsse auf Polizeibeamte abgegeben, die aber niemand verletzten.

Bayerisches Recht.

WZB. meldet aus Nürnberg:

Der ehemalige bayerische Kriegsminister, der nunmehrige Fabrikant Schneppenhorst in Nürnberg wurde vom Schwurgericht nach dreitägiger Verhandlung wegen fahrlässigen Falchweides zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Schneppenhorst hatte bei der Gerichtsverhandlung über den Konflikt zwischen Mitgliedern der SPD. und der Reichsregierung anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung im Weißen Hof am 15. Juni unter Eid Ausagen gemacht, welche im Widerspruch zu anderen Zeugenaussagen standen.

Um den Sinn dieses Urteils zu verstehen, braucht man nur das letzte Urteil des Münchener Volksgerichts dagegen zu halten. Deutnant a. D. H. H., der bayerische Staatsminister mit der Witwe in der Hand verhaftet und abtransportiert hat, wurde zu einer ehrenvollen Festungshaft mit sofortiger Bewährungsfrist verurteilt. Fabrikant Schneppenhorst, der eine andere Ausage gemacht hat als Gegenzeugen, bekommt 6 Monate Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Dafür ist hoch aber auch Deutschvölkisch und Schneppenhorst Sozialdemokrat.

Der bayerische Landtag.

München, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesparlamentarische Ausschuss, der aus dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes und den Vertretern der einzelnen Parteien besteht, legte am Donnerstagmorgen das amtliche Wahlergebnis der Landtagswahlen und damit die Zusammensetzung des neuen Landtags fest. Abgesehen von kleinen Unterschieden in den Stimmengahlen ist das amtliche Ergebnis das gleiche wie das bereits gemeldete. Der künftige Landtag mit 129 Abgeordneten setzt sich also zusammen aus 46 Bayerische Volkspartei, 23 Sozialdemokraten, 28 Völkischen, 11 Deutschnationalen, 10 Bayerischer Bauernbund, 8 Kommunisten, 8 Demokraten, 3 Zentrum, 1 Nationalliberale Vereinigung. Die Gesamtstimmengiffer der Sozialdemokraten beträgt 513 590, die der Völkischen 512 271.

Zerstörer der Reichseinheit.

Sudendorff oder die Bayerische Volkspartei?

Hannover, 15. Mai. (Z.) Sudendorff hat dem Münchener Vertreter der „Niederdeutschen Zeitung“ ein Interview in der hannoverschen Frage gegeben, in dem er behauptet, die Bayerische Volkspartei unterstütze ganz offen die Abgeordneten der Deutsche-Hannoveraner, mit ihnen eng zusammenhängend Generalkonzeptionsrat Riefer und Graf Wehrenbach in Langenshawbach. Riefer sei der Vertreter der Kassauer und der Charlotte von Supunhura und halte sich bei Dorten auf. Die Bayerische Volkspartei versichere offen, die am 18. Mai ihre Stimme für den Föderalismus abgeben, ihrer wärmsten Sympathie. Dr. Heim hoffe mit seiner föderalistischen Politik das Wohlwollen Frankreichs zu gewinnen, das der außenpolitische Angelpunkt der Bayerischen Volkspartei sei, die am 26. November 1918 Kurt Eisner ansieht, doch ja einen Sonderfrieden mit Frankreich abzuschließen.

Industrielle „Opposition“.

Ein völkischer Vorstoß.

Da die Zeit der wirtschaftlichen Neugründungen und Organisationen vorüber ist, scheinen besonders unternehmungslustige Unternehmer ihre Betätigungsfelder in die Politik verlegen zu wollen. Nach der „Nationalliberalen Vereinigung“ und „Hannoverschen Nationalen“ Klub in Schellen ist nun auch noch eine „Deutsche Industriellen-Vereinigung“ gegründet worden, die das Selbstständigengutachten abgibt und für sich in Anspruch nimmt, die Opposition innerhalb der deutschen Industrie zu vertreten.

In der völkischen Presse wird die Neugründung nicht ernst genommen. Man weiß darauf hin, daß von den Gründern der Vereinigung keiner dem Reichsverband der deutschen Industrie angehört und daß hinter ihr nur einige unbekannte Provinzunternehmer stehen. Bezeichnend für die Neugründung ist

jedenfalls, daß ihr Vorsitzender der deutschvölkisch-alledeutsche „Oberfinanzrat“ Bang ist, der während des Kapp-Putsch als Finanzminister zeichnete.

Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt zu der Stabilisierung dieser neuen völkischen Einrichtung die Erklärung ab, daß sie ohne Einfluß auf die Haltung der Industrie bleiben werde. Der Reichsverband halte an seiner wohlwollenden Politik dem Sachverständigenrat gegenüber fest, auf deren Boden sich auch die maßgebenden deutsch-nationalen Mitglieder des Reichsverbandes ohne wesentliche Einschränkungen voll und ganz gestellt hätten. Gerade die deutschnationalen Mitglieder lehnen nach der Verlautbarung des Verbandes jede verantwortungsvolle Sonderaktion energisch ab.

Saarfruchtung.

Diesmal gegen Zeitungen und Gemeinden.

Saarbrücken, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Da die Regierungskommission auf Grund ihrer Vollmachten den Friedensvertrag auslegt, wie es die Wahrung der französischen Interessen erfordert, hat sie jetzt den deutschen Zeitungen des Saargebietes das Papierkontingent für das laufende Jahr ohne Rücksicht auf inwärtigen erfolgreiche Betriebsausdehnungen und die bessere Konjunktur nach dem Durchschnitt der ersten drei Nachkriegsjahre festgesetzt. Damit will sie die saarfränkischen Zeitungen zwingen, französisches Zeitungspapier einzuführen.

Die Regierungskommission setzt ihren Versuch fort, der Selbstverwaltung der Gemeinden das Rückgrat zu brechen, weil sie dadurch das Deutschtum besonders zu treffen hofft. So hat sie jetzt nach diesen anderen Maßbestimmungen auch in Böllingen einen ihr politisch nicht genehmen Beigeordneten die Bestätigung verweigert. In Reunkirchen wurde eine Sammlung für die Erweiterung der städtischen Badeanstalt von der Regierungskommission verboten. Dadurch soll versucht werden, die Gemeinde von der Kommission finanziell abhängiger zu machen.

Münchener Kultur in Saarbrücken.

Saarbrücken, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einer Versammlung, in der am Mittwoch Prof. Duidde sprach, kam es zu Aufregungen, an denen sich vor allem Deutschvölkische in Hitler-Röhen, aber auch Kommunisten (!) beteiligten.

Polnisch-französischer Zwischenfall.

Warschau, 15. Mai. (Z.) Der von namhaften Politikern her französische Botschaft in Warschau veranfaßte Protest gegen polnische Gefängnisregeln, unter denen die verhafteten Ukrainer in Ofzgalen leiden, deren eine die Studentin Wessarabona, inhaftiert aber zum Selbstmord gezwungen worden ist, hat hier große Erregung hervorgerufen. Der Abg. Thugnot hat an Polnische eine Entgegnung gerichtet.

Englische Mietzinsreform.

Verbilligungsdaktion der Arbeiterregierung.

London, 15. Mai. (WZB.) Der Gesundheitsminister B. H. C. hat heute eine Botsprechung mit den Vertretern der Sozialbehörden gehabt, mit denen er seit einiger Zeit Verhandlungen über die von der Regierung geplante Mietzinsbill führt. Wahrscheinlich wird das Gesetz in Kürze dem Unterhaus vorgelegt werden. Die Vereinbarungen der Regierung mit den Vertretern derjenigen Verhältnisse, die von dem Gesetzentwurf hauptsächlich betroffen werden, laufen darauf hinaus, daß die Regierung eine Unterstüfung von 9 Pfund pro Haus auf 40 Jahre für diejenigen Häuser vorseht, die zur Vermietung bestimmt sind, unter der Bedingung, daß die örtlichen Behörden sich ihrerseits bereit erklären, eine weitere Unterstüfung von 4 Pfund 10 Schilling pro Haus auf 40 Jahre zu zahlen. Der Zweck des Gesetzes ist es, in jeder Verhältnisse dieselben Vorteile zu sichern, die jetzt für die Arbeiterhäuser gelten, die vor dem Kriege erbaut worden sind. Whalley betonte, daß nach dreijähriger Wirkung des geplanten Gesetzes die Frage der finanziellen Unterstüfungen, die jetzt für den Bau der Häuser getroffen sind, durch den Gesundheitsminister und die lokalen Behörden erneut geprüft werden sollen.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Bochum, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das Ergebnis der jetzt in Berlin geführten Einigungsverhandlungen zur Beendigung der Absperrung im Bergbau wird hier mit der größten Spannung erwartet. Man ist sich vollkommen darüber klar, daß ein Ausweg aus der schwierigen Situation gefunden werden muß. Aber niemand darf sich einer Täuschung hingeben darüber, daß dieser Ausweg für die Bergarbeiter nur dann annehmbar wird, wenn er die prinzipielle Anerkennung der Siebenstundenschicht unter Tage und eine wirklich spürbare Aufbesserung der Löhne bringt.

Die geradezu unheimliche Ruhe in den großen Bergbaurevieren des Ruhrgebietes ist ein Zeichen entschlossener, bis zum letzten disziplinierten Kampfbereitschaft, eine Kampfbereitschaft, wie sie in der gewerkschaftlichen Bewegung einzig dasteht.

Mehr als zehn Tage ruhen bereits die Zechen mit Ausnahme einiger Schachtanlagen, die für die nötige Gasobsthe der Städte sorgen. Aber das sind nur verschwindende Ausnahmen. Geradezu lächerlich ist es, wenn die Unternehmer durch Verbreitung von Nachrichten über eine angebliche Aufnahme der Arbeit in einzelnen Zechen für sich Reklame zu machen suchen. Hier, wo eine Nachprüfung dieser Meldungen möglich ist, erregen derartige Versuche, die Stimmung zu beeinflussen, nur ein Kopfschütteln.

Man muß es sich vorstellen, was es heißt, wenn die Bergarbeiter bereits am zehnten Tage fast ohne jeden Lohn die Absperrung hinnehmen, ohne sich aus ihrer ruhigen Haltung von den kommunistischen Generalkstreikparolen und der Stimmungsmache der Unternehmer im geringsten beeinflussen zu lassen. Es ist ein Kampf, dessen Waffe der Hunger ist, derselbe Hunger, den die Unternehmer für sich ausnutzen wollten, um bei diesem ihnen bequemen Anlaß die Organisationen der Arbeiterschaft zu zerschlagen und dann frei von jeder Krampul und jeder Sorge für eine spätere Zukunft den Herrn-im-Hause-Standpunkt in ihren Werken durchsetzen. Man kann an der fast an Verzweiflung grenzenden Verbitterung der Bergarbeiter erkennen, daß es sich hier für diese um eine Streikfrage von höchster Tragweite handelt. Ihrer Bereitschaft, durch zeitweilige

Bereinbarung in Ueberstößen so lange die Kohlenförderung zu stützen, als es die schwierige außenpolitische Lage erfordert, haben sie oft genug durch die Tat Ausdruck gegeben. Aber für die Unternehmer handelt es sich nicht um erhöhte Produktion, sondern um einen Vorwand zur Verfechtung in wirtschaftlicher Ziele.

Noch mehr muß man sich über die Ruhe im Ruhrgebiet wundern, wenn man weiß, daß nicht nur mit dieser Provokation die Unternehmer die Kohlenförderung sabotiert haben. Die Bergarbeiter, die täglich unter und über Tage ihrer harten Pflicht nachgehen, spüren es auf Schritt und Tritt, daß zur Ausnutzung der Produktionskraft des Ruhrgebietes längst nicht alles getan wird. Das ist nicht erst seit Wochen, das ist seit Jahren so. Fast scheint es, daß die Unternehmer mit ihrer herausfordernden Haltung bewußt die Radikalisierung der Arbeiterschaft fördern, die eine unausbleibliche Folge dieser Arbeits- und Lohnpolitik sein muß. Seit Jahren klagt der Kohlenbergbau darüber, daß er am Zusammenbruch stehende Konkurrenz hat noch keine Zeche gemacht. Man weiß, daß die Selbstkostenberechnungen, die die Unternehmer zur Unterstützung ihrer Forderungen anführen, nicht zutreffen. Hat man im Lager der Bergherren wirklich Anlaß über die Unrentabilität der Zechen, über drohende Verschuldung und über Kreditnot zu klagen, wenn man es sich leisten kann, die Produktionskraft des wichtigsten deutschen Gebietes unter nichtigen Vorwänden auf Wochen lahmzulegen?

All diese Fragen drängen sich auf, nur daß der Bergmann sich nicht davor scheut, das Kind beim Namen zu nennen und aus der gegebenen Lage die gebotenen Konsequenzen zieht. Es geht um die Frage, ob in der schwersten Berufsphase der deutschen Arbeiterschaft mit Hilfe der Micumverträge, also der Emte, eine dauernde Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes erpreßt werden soll, die einer Preisgabe aller sozialen, von Unternehmern selbst anerkannten Rechte für lange Jahre, vielleicht für immer, gleichkommt. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das hier getrieben wird. Darüber darf die Ruhe, die jetzt im Ruhrgebiet herrscht, keineswegs hinwegtäuschen. Und aus diesem Tatbestand erwächst den Schlichtungsorganen eine Verantwortung, wie sie größer kaum gedacht werden kann.

Unternehmerdöschwismus.

Essen, 15. Mai. (W.T.B.) Der Vertreter des Schlichters für Westfalen, Schöbel, fällt heute mittag in den Lohnverhandlungen der Metallindustrie für die nordöstliche Gruppe folgenden Schiedspruch:

Die Lohnvereinbarung vom 18. Januar 1924 wird ab 1. Mai mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß nach Möglichkeit ab diesem Termin eine Lohnerhöhung eintritt, deren Ausmaß, sowie die eventuellen Abänderungen der Lohnvereinbarung vom 18. Januar durch Schiedspruch an dem Tage festgesetzt werden, an dem die Arbeit im Bergbau allgemein wieder aufgenommen worden ist. Terminfestsetzung und Einleitung erfolgt durch den Schlichter für Westfalen.

Die Arbeitgeber geben daraufhin eine Erklärung zu Protokoll, daß sie diesen Schiedspruch ablehnen und sich volle Handlungsfreiheit für die zukünftigen Verhandlungen vorbehalten.

Die Lohnvereinbarung vom 18. Januar wurde unter den widrigsten Umständen geschlossen. Die Gewerkschaften waren kampfunfähig, der Deutsche Metallarbeiter-Berband wurde ganz ausgeschaltet, Christen und Hirche begingen offenen Verrat, während die Kommunisten und Unionisten jeden Tag eine neue Generalkstreikparole ausgaben, die schließlich den Generalkstreik der Streikenden auslöste. Nun soll das damals aufgezwungene Lohnabkommen wieder in Kraft treten, mit dem Vorbehalt der Korrektur entsprechend den bei den Berliner Verhandlungen über den Bergbauvertrag getroffenen Sätzen. Die Unternehmer kannten zwar weder diese Sätze noch die vorzunehmende Korrektur, sie lehnen sie aber von vornherein ab. Das ist nichts anderes als Katastrophenpolitik, Unternehmerdöschwismus schlimmster Art.

Abbau bei der Reichsversicherungsaufsicht.

Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums werden bei der Reichsversicherungsaufsicht eine erhebliche Anzahl Versorgungsanwärter als Angestellte neu eingestellt und dafür die gleiche Zahl von eingearbeiteten Beamten auf Wartegeld gesetzt. Das bedeutet statt Ersparnis eine Erhöhung der Ausgaben. So spart also das Reich, wenn die Kosten von einem dritten, in diesem Falle von der versicherten Arbeitnehmerschaft zu tragen sind. Es will scheinen, als wenn das Reichsarbeitsministerium hier einem Druck des Reichswehrministeriums nachgegeben habe. Wo bleibt übrigens die Selbstverwaltung der Reichsversicherungsaufsicht?

Lohnvereinbarung in der Musikinstrumentenindustrie.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Musikinstrumentenindustrie ist nach Verhandlungen beim Schlichter Wissell am Mittwoch ein Lohnabkommen zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumentenindustrie geschlossen worden, das den Mindestlohn von 81 Pf. festsetzt. In seinen weiteren Bestimmungen sagt das Abkommen:

Die Tariflöhne der übrigen Stoffen berechnen sich nach dem bestehenden Schlüssel. Außer den für die ersten drei Lohnwochen der Vertragszeit, nach dem 19. April bereits vorzugsweise gezahlten 15 Proz., erhält jeder Facharbeiter weitere 8 M. (die anderen Gruppen entsprechend dem Schlüssel) nachgezahlt. Damit sind die Ansprüche für diese ersten drei Lohnwochen abgegolten. Ab Beginn der zweiten Lohnwoche des Mai werden auf alle Löhne und Akkordtarife, die in der Zeit vom 12. bis 18. April 1924 in Geltung waren, Zulagen gewährt, die für einen Stundenlohn von 60 Pf. und einen Durchschnittsakkordlohn von 69 Pf. 35 Proz. betragen und die herabgehen bis auf 15 Proz. für einen Stundenlohn von 100 Pf. und einen Durchschnittsakkordlohn

von 100 Pf. Das Lohnabkommen hat Gültigkeit bis zum Ablauf der ersten zwei Lohnwochen im Juni 1924.

In einer Branchenversammlung berichtete Soese über die Abschlusshandlungen und teilte mit, daß die Verhandlungskommission in der Erkenntnis, daß bei weiteren Verhandlungen unter den gegebenen Umständen kein besseres Ergebnis zu erwarten sei, dem Lohnabkommen bereits die Zustimmung gegeben habe. Die Mehrheit der Versammlung trat in der Abstimmung dieser Zustimmung bei. In Beantwortung einer Anfrage, bemerkte Branchenleiter Wagener, daß bei der Ermittlung der Zulage für den einzelnen Arbeiter, wie bisher, der Spezialbranchen-Durchschnittsverdienst zugrunde zu legen ist.

Neue Vereinbarungen für die Ofenseher.

Die Vertreter des Ofensehergewerbes wurden am Donnerstag zum Schlichter Groß-Berlins zur Beilegung der bestehenden Lohnunterschieden gerufen. Nach längeren Verhandlungen wurde vom Schlichter der Vorschlag auf 95 Pf. Mindestlohn als Grundlage gemacht. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Weitere Erörterungen führten zu keinem Resultat, so daß schließlich die Verhandlungen bis auf die nächste Woche vertagt wurden. Nach der Sitzung fand noch eine Aussprache zwischen dem Vertreter der Arbeitnehmer und den Unternehmern statt, in welcher die Unternehmer sich schließlich bereit erklärten, 95 Pf. als Mindestlohn ab Sonntag, den 17. Mai, anzuerkennen und zu zahlen. Da ein Schiedspruch darüber hinaus unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erwarten war, stimmte der Arbeitnehmervertreter diesem Vorschlag zu. Der Akkordmultiplikator beträgt 0,95. Die Richtlinien für die Hilfsarbeiter bleiben bestehen. Die Vereinbarung gilt bis auf weiteres.

Lohnabkommen der Bauklempner.

In der Versammlung der Bauklempner berichtete Dietrich vom Metallarbeiterverband über die letzten Tarifverhandlungen. Der Schiedspruch vom 12. Mai sieht vom 1. bis 23. Mai eine Lohnhöhe von 78 Pf. vor. Nach Fällung des Schiedspruches wurde nochmals mit den Arbeitgebern Rücksprache genommen. Sie erklärten in ihrer Zustimmung, daß sie bereit seien, in der Zeit vom 1. bis 15. Mai 65 Pf. pro Stunde zu zahlen, und ab 16. Mai 78 Pf. Dietrich empfahl, den Schiedspruch abzu- lehnen und dem Arbeitgebervorschlag zuzustimmen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse im Bau-gewerbe. Nach längerer Diskussion wurde so beschlossen. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, mit den Arbeitgebern unverzüglich in Verhandlungen zu treten, um endgültig einen Manteltarif unter Dach und Fach zu bringen.

Lohnvereinbarung der Steinseher und Verußgenossen.

Die Organisationsleitung tritt mit: Durch das tarifliche Schlichtungsamt und in freier Vereinbarung sind mit Wirkung ab 14. d. M. folgende Stundenlöhne endgültig und verbindlich festgesetzt worden: Für Steinseher und Steinhauer 95 Pf., Kammer 85 Pf., Hilfsarbeiter 60 Pf. Zur Berechnung der Lohnlisten usw. sollen nur 2 Tage einbehalten werden. Erfolgt Baustellenwechsel auf Veranlassung des Arbeitgebers, so ist das Jahrgeld zu erlassen.

Von syndikalistischer Seite wird trotzdem der Streik propagiert. Die Zerstückelung des Tarifs ist ihr Ziel. Deshalb ist Wachsamkeit. Behandelt diese Ausschreitungen, die sich nicht scheuen, zur Erreichung ihrer dunklen Ziele gegen ihre Klassengenossen brutale Gewalt anzuwenden, wie sie behandelt sein wollen. In einer am Sonntag, den 18. Mai stattfindenden Versammlung werden wir entsprechende Maßnahmen beschließen müssen. Erscheint deshalb zahlreich und pünktlich. Mitgliedsbuch legitimiert.

Reinickendorfer Polizeizustände bei einer Absperrung.

In der Zuckwarenfabrik von Gustav Jopp in Reinickendorf ist die Arbeiterchaft ausgeperrt worden, weil sie sich weigerte, länger als acht Stunden täglich zu arbeiten. Die Betriebsräte wurden schon vor einigen Wochen entgegen gesetzlichen Gründen entlassen. Die Folge war, daß schon zweimal der Gerichtsvollzieher den fälligen Lohn für die Betriebsräte abholen mußte. Das Werkwürdigste sind aber die Polizeizustände in Reinickendorf. Der dort bekannte alte Kriminalwachmeister Haase sowie die uniformierte Polizei erlauben sich, die Streikposten zum Weitergehen aufzufordern. Sie verkehren auf dem Unternehmerrundfunk und gehen dort ein und aus, sprechen mit dem Arbeitgeber und treten den Streikposten in parteiischer Weise entgegen. Man wird sich unter diesen Umständen nicht wundern, wenn man von der Reinickendorfer Polizeiwache den energischen Befehl erhält, daß Streikposten stehen gesetzlich verboten ist. Es ist notwendig, daß einmal die Revierpolizei von Reinickendorf vom Polizeipräsidenten dahin informiert wird, daß die Streikposten durch die Polizei nicht belästigt werden dürfen und daß diese nicht die Privatinteressen ausperrender Unternehmer zu vertreten hat.

„Arbeiter, seht euch eure Führer an!“

Unter dieser Aufschrift gaben wir in Nr. 191 des „Vorwärts“ einen Beitrag aus dem Organ des Allgemeinen Schweizerbundes wieder, der einen gewissen Ignaz Joseph Baumann als Kautionschwinder charakterisierte. Der Verfasser, ein Mitglied des Schweizerbundes, ging von der Ueberzeugung aus, daß der als Gauleiter für Brandenburger von dem kommunistischen Verband der Land- und Waldarbeiter angestellte Joseph Baumann mit dem vorbenannten Baumann identisch sei.

Der Verfasser hat sich offenbar in der Person geirrt. Der angegriffene Angehörige des kommunistischen Verbandes hat durch Ermittlung des Rechtsanwalts Dr. Artur Samter, Berlin, beim Schultheißenamt Siggan unterm 1. Mai 1924 festgestellt lassen, daß er Franz Josef Baumann heißt und im dortigen Strafregister nicht vermerkt steht, mit jenem angeklagten Ignaz Josef Baumann also nichts zu tun hat.

Unter diesen Umständen bedauern wir natürlich die Wiedergabe jenes Artikels im „Vorwärts“, der in der Landarbeiterpresse zuvor unwidersprochen die Kunde gemacht hatte.

Gewerkschaftsfunktionäre!

In der dritten Rainwoche beginnen zwei Kurse für Gewerkschaftsfunktionäre. Es ist von großer Wichtigkeit für den neuen Aufbau und die Erstarkung der Gewerkschaften, daß ein tüchtiger Funktionärskörper herangebildet wird.

Der erste Kurs, über „die Praxis des Gewerkschaftsfunktionärs“, behandelt die praktischen Erfordernisse für den Funktionär im Betriebe, in der Organisation, in der gewerkschaftlichen Außenarbeit, als Berichterstatter, Referent, Schriftführer, Versammlungsleiter. Beginn: 22. Mai, abends 7 Uhr, im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz.

Der zweite Kurs, „Gewerkschaftliche Zeit- und Streikfragen“, behandelt mehr prinzipielle Fragen (Kampf um die Organisationsformen, gewerkschaftliche Kampfbedingungen und Kampfmittel, Gewerkschaften und Politik). Lehrer: Hans Gottschalk. Beginn: 20. Mai, abends 7 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße.

Der Preis der Hörerkarten beträgt pro Kurs (abends) 1 M., Arbeitslose unentgeltlich. Kurzarbeiter halben Preis. Hörerkarten können bezogen werden im Sekretariat der Schule, Engelauer 25/26, 1. Stod. Sprechstunden daselbst Montag und Freitag 4-6.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätchule.

Lohnvereinbarung im englischen Bergbau.

London, 15. Mai. (W.T.B.) Es wird angenommen, daß die Gefahr eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks beseitigt ist. Heute abend ist eine Vereinbarung über die Bergarbeiterlöhne zustande gekommen, die der am 19. Mai zusammen tretenden Konferenz von Delegierten der Bergarbeiter unterbreitet werden wird.

Ueber die Streiklage in Oberschlesien ist zu berichten, daß die Belegschaft des Hüttenamtes Malapane gestern ebenfalls in den Streik getreten ist. Auf dem Vorjwerk fand gestern eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter darüber statt, ob man sich dem Streik durch passive Resistenz anschließen solle. Auf drei Gruben werden die Rohstandsarbeiten durch die Beamtenschaft ausgeführt.

Deutscher Verkehrsband, Sektion V, Industriearbeiter.

Köpen (Sonabend) nachmittags 8 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses allgemeine Funktionärerversammlung der Sektion V. Sitzungsgegenstand: Lage in der Metallindustrie. Günstige Vertrauensstimmung, Betriebsräte und Generalversammlungsbefugnisse sind zum Zweck dieser Konferenz verpflichtet. Einleitend gegen Funktionärskritik und Mitgliedsbuch.

Abk. Mitgliederversammlung der Fachgruppe Chemie heute abend 7 1/2 Uhr im Verbandshaus, Belle-Alliance-Str. 7-10, 3. Et. „Das Coedersche Mitgliedsbuch“. Referent Dr. Lautenbach; Organisationsfragen; Verschiedenes. Möglichst zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

Deutscher Bauarbeiterverband. Sonabend vormittags 11 Uhr gemeinsame Versammlung der Fliesenleger und Helfer in Pöchers Resten, Weberstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen. Die Betriebsrätchleiter werden ersucht, die Fliesenleger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Die Streiksituation.

Kohliener und Keller. Die Kollegen, welche vom letzten Streik ausgeperrt und am 17. d. M. noch ohne Arbeit sind, werden sich am Sonntag, den 17. Mai, von 11-12 Uhr vormittags im Verbandshaus, Belle-Alliance-Str. 7-10, Zimmer 10, beim Kollegen Schwalbe. Es wird noch eine Unterstützung ausgeübt.

Angestellte des Papier- und Pappengroßhandels. Der neue Rahmenvertrag für den Papier- und Pappengroßhandel, welcher die Arbeitsbedingungen der Angestellten regelt, ist im Ortsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, erhältlich.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Heinz Gehrhaus; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Ehlers; Revolution: Dr. John Schilowski; Sozialen und Konflikten: Fritz Kappeler; Anzeigen: Ed. Gieseler; Schriftlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. u. H. S. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68., Lindenstraße 2, Seite 2 Beilagen.

Du brauchst



Gebr. Grumach A.G. Königstr. Ecke Spandauerstr.

MAGGI'S Erbs-Suppe

in Würfeln ist ganz vorzüglich



Man achte auf den Namen MAGGI und die gold-rote Packung

Schuldebatte im Rathaus.

Die Ausgestaltung des Freibades Wannsee.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung kam gestern endlich zu einem Beschluß über die vom Magistrat schon Anfang Januar vorgelegten Satzungen für das Schulwesen im allgemeinen und für die Berufs- und Fachschulen. Den Bürgerlichen gelang es, ihre Feindschaft gegen die zentrale Schulverwaltung auch in den Satzungen zum Ausdruck zu bringen. In der Debatte betonte Genosse Kreuziger, daß die Abtrennung des Berufs- und Fachschulwesens von dem gesamten Schulwesen eine Kampfanlage an die Lehrerschaft bedeutet. Er zeigte den Zusammenhang dieses Vorhabens mit der Heiße gegen Oberstadtschulrat Paulsen und nahm sich noch den deutschsozialistischen Herrn v. Egnern vor, über dessen Angriffe gegen unseren Genossen Paulsen weite Kreise der Lehrerschaft mit Recht erregt sind. — Nachher gab es Auseinandersetzungen über das Freibad Wannsee, dessen Ausgestaltung durch das Eingreifen der Stadt ermöglicht wird. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Genosse Claus.

Unter anfänglich sehr mangelhafter Teilnahme der Mitglieder — namentlich die rechte Seite des Sitzungssaales wies sehr starke Lücken auf — begann gestern, und zwar erst nach 1/2 Uhr, die ordentliche Sitzung. Von den eingebrachten Dringlichkeitsanträgen wurde derjenige der Wirtschaftspartei, der die Aufhebung der den Kleinen und mittleren Verbraucher zu stark belastenden Grundgebühr bei der Berechnung des Preises für elektrischen Strom anstrebt, dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Satzungen für das Schulwesen

und für das Berufs- und Fachschulwesen zu, über welche der niedergeschickte Ausschuß nach dem eigenen Ausdruck des Referenten Dr. Caspari (D. Sp.) „reichlich spät“ berichtet (die Magistratsvorlage datiert vom 8. Januar d. J.). Nach der Vorlage sollen die Angelegenheiten der städtischen Schulverwaltung, die einer einheitlichen Regelung bedürfen, von der Deputation für Schulwesen bearbeitet werden; die besonderen Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens, soweit sie nicht allgemeiner und grundsätzlicher Natur oder der Deputation für Schulwesen ausdrücklich vorbehalten sind, will der Magistrat einer Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen überweisen. Die Ausschlußmehrheit hat der letzteren eine weitestgehend selbständige Stellung gegeben, ihr auch die „allgemeinen und grundsätzlichen“ Angelegenheiten des Berufs- und Fachschulwesens als Arbeitsgebiet überwiesen und die Kompetenz der Deputation für Schulwesen entsprechend eingeschränkt.

In der Beratung trat Gen. Kreuziger der Ausschlußmehrheit, deren Beschlüsse er als eine Kampfanlage gegen die Großberliner Lehrerschaft charakterisierte, scharf entgegen, betonte, daß selbstamer Weise ausgerechnet die Demokraten sich in diesem Kampf als Wortführer aufgetan haben, und kam in diesem Zusammenhang auf die

Angriffe des Herrn v. Egnern gegen den Stadtschulrat Paulsen zurück. Diese unqualifizierbaren Angriffe hätten lebhaftes Befremden auch in nichtsozialdemokratischen Kreisen starke Entrüstung aber in weiten Kreisen der Berliner Lehrerschaft hervorgerufen, die diese beleidigenden Paulsens als gegen sich selbst gerichtet empfand. Die „Berliner Lehrerzeitung“ habe das am 6. Mai in scharfster Weise zum Ausdruck gebracht (Aber nicht jener den Paulsen wörtlich) und ebenfalls Herrn v. Egnern empfohlen, das Urteil über Paulsen doch den Sachverständigen zu überlassen, zu denen Herr v. Egnern nicht gehöre. — Die Sozialdemokratische Fraktion tritt für eine einheitliche Leitung des Großberliner Schulwesens ein und fordert daher die Wiederherstellung der Magistratsvorlage, sowie ferner u. a. die Aufstellung der Schuldeputation für Wilmers (Bezirke I bis VI) dergeßt, daß jeder Bezirk seine eigene Schuldeputation erhält, denn „wir wünschen eine starke Zentrale, daneben aber auch eine vernünftige Dezentralisation“.

Nach unserem Genossen sprachen noch Troll (Dnat.), Galle (Zentrum) und Dr. Tropsche von der DVP, der Kreuzigers Eintreten für Paulsen zu entkräften versuchte.

Mit 96 gegen 91 Stimmen lehnte auch das Plenum die Wiederherstellung der Magistratsvorlage ab; die bürgerliche Ausschlußmehrheit triumphierte auf der ganzen Linie. Aus der Wahl von vier Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Berliner Flughäfen G. m. b. H. gingen hervor: Reuter (Soz.), Heimann (Soz.), Granah (Dnat.), Müller-Franklen (Wirtsch. P.)

Erneuerung des Freibades Wannsee

hat der Magistrat der Versammlung eine Vorlage unterbreitet, über die im Laufe der Sitzung unter halbständiger Veragung des Plenums Ausschlußberatung stattfand. Dr. Steiniger (Dnat.) teilte als Referent mit, daß die Verhandlungen mit dem Verband der Freibädervereine leider zum Scheitern gekommen seien, daß nunmehr die Stadt die Bewilligung von 308 000 Gm. nachsuchen muß. Der Ausschuß hat die Vorlage zur Genehmigung unter der Bedingung empfohlen, daß spätestens nach drei Monaten eine neue Vorlage über die definitive Regelung der Verwertung — zunächst in Form einer G. m. b. H. unter Beteiligung der Bädervereine am Betriebe in möglichst großem Umfange — an die Versammlung gelangt. Der Antrag Heimann (Soz.) auf Uebernahme des Freibades in städtische Regie soll damit als erledigt angesehen werden. Dem Antrage des deutschsozialistischen Richard Kunze wegen Sicherung des Wald- und Ufergeländes für die Allgemeinheit hat der Ausschuß im Prinzip zugestimmt.

In der Aussprache ging Kunze wiederum auf dieses Thema näher ein.

Oberbürgermeister Böß sprach sein Befremden darüber aus, daß die Vorlage im Ausschuß so wenig Verständnis gefunden habe. Mit ungewöhnlicher Schärfe trat Dr. Caspari hierauf gegen den Magistrat in die Scharfen. Von Kunze ließ sich ein Antrag ein, das Baden im Freibad Wannsee kostenlos zu gestatten. Jerkse (Wp.) redete dem Zusammengehen mit den Bädervereinen das Wort. Genosse Claus beantwortete in längerer Vorlesung die Annahme des Magistratsvorschlages. Die Erweiterung des Strandes sei nach dem Gange der Entwicklung des Freibades nur zu begrüßen, für die kinderreichen Familien würden sich unschwer Erleichterungen schaffen lassen. Der (Komm.) meinte, man könne über den Zusatzantrag Kunze, so wenig über die demagogische Tendenz desselben ein Zweifel bestehe, nicht mit einer Handbewegung hinweggehen; nur möge Herr Kunze als Reichstagsmitglied dafür sorgen, daß die Berliner das Freibad mit der Eisenbahn auch kostenlos erreichen können. (Große Heiterkeit.) Mit aller Beschleunigung müsse der Magistrat nach Fertigstellung der Baulichkeiten, für die das Hochbauamt schon 100 000 M. vorrätigweise erhalten habe, über die Gestaltung des Betriebes Klarheit schaffen. Oberbürgermeister Böß nahm nochmals ausdrücklich für den Magistrat in Anspruch, daß er bei seinem ganzen Vorgehen, auch bei dem 100 000-M.-Vorschuß, lediglich im Interesse der Bevölkerung gehandelt habe. Das Eintrittsgeld werde so niedrig gehalten werden, als die Berliner Finanzen nur irgend gestatten. In der Abstimmung kamen die Ausschlußvorschläge zur Annahme. Der Antrag Kunze verfiel der Ablehnung, dagegen nahm die Mehrheit noch einen Antrag der Dem. an, monach der Magistrat für die Inpachtvergabe der noch in der öffentlichen Hand befindlichen Wald- und Ufergelände Sorge tragen und dafür bemüht sein soll, die Naturschönheiten nach Möglichkeit der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Nach debattierter Einbringung einiger weiterer Vorlagen schloß die öffentliche Sitzung nach 1/10 Uhr.

Weiter über Berlin und Umgebung. Anhaltend warm und trocken, zu nächst stellenweise, nachmittags etwas härter bewölkt. — Für Deutschland: Das warme, größtenteils heitere Wetter wird in ganz Deutschland anhalten. Im Südwesten sind leichte Gewitter möglich.

Im Schatten der Kommunisten.

Aus der Zeit des Ärztestreiks erinnert man sich vielleicht noch eines „Bundes der Versicherten“, der die Aufmerksamkeit der Krankenkassenmitglieder auf sich zu lenken suchte und ihnen erzählte, von ihm würden ihre Interessen am besten vertreten. Er wurde von den streikenden Ärzten begünstigt, weil er ihre Interessen förderte, indem er den Krankenkassenverwaltungen in den Rücken fiel. Auf diesen „Bund der Versicherten“ hatten die Kommunisten so starken Einfluß, daß man ihn oft geradezu als eine „Organisation der Kommunisten“ bezeichnen hörte, aber bei den am Streit beteiligten bürgerlichen Ärzten tat ihm das keinen Abbruch. Die Kommunisten waren ja eifrig bemüht, die Krankenkassenverwaltungen in ihrem Kampf mit den Ärzten zu schwächen. Jetzt lesen wir in der „Roten Fahne“ eine von dem kommunistischen Arzt Dr. Lothar Wolf verfaßte Zuschrift, die das Blatt mit der Ueberschrift „Was treibt der Bund der Versicherten?“ veröffentlicht. Sie ist so lehrreich und zugleich so amüßig, daß wir sie unseren Lesern in ihrem vollen Wortlaut mitteilen wollen. Der Kommunist Dr. Wolf schreibt:

„Hat sich da vor etwa einem halben Jahre ein aller ehrlicher Bund aufgetan, der aus reinem Mitleid mit den ausgebeuteten Proletariern und — selbstverständlich! — parteilos, die von der volksparteilichen Regierung der Herren Stresemann ufm. verschuldete Not der Versicherten bitter beklagte. Das war nett und brav von ihm. Als der von der Reichsregierung herbeigeführte Konflikt im Krankenkassenwesen ausbrach, rief er die kommunistischen Ärzte um Hilfe an. Durch die Ärzte des Proletarischen Gesundheitsdienstes gelangten ihm zwei Massenversammlungen im Friedrichshain. Wenn irgendwo von kommunistischer Seite die Mißstände im Gesundheits- oder Versicherungswesen bekämpft wurden, — unfehlbar erschien auch der Vorstand des Bundes, schimpfte auf die Regierung, verteilte Zetteln und zeigte überhaupt das betriebene Wesen einer noch unausgeklärten, aber oppositionellen Organisation. So gedieh das Pflänzchen in unserem Schatten. Vor der Wahl erschien dann ein Aufruf „An die Mitglieder des Bundes der Versicherten“, in dem diese Opfer der schwerindustriellen Katastrophenpolitik bekräftigt wurden, doch ja — der Stinnespartei ihre Stimmen zu geben. Denn diese „große Partei“ habe „als Parole aus ihre Fahne geschrieben“... „Was moßt? Den Zwölftundentag? Oder einen neuen Ruhrkrieg? ... Aber meine Herrschaften: Selbstverständlich doch die „Besserung der Zustände in der Sozialversicherung!“ Darum sollte jeder um seine Rechte geprellte Versicherte das Weiterwirken der Volkspartei erstreben. Herr Dr. Wolf-Eisner behauptet sogar, die Sozialversicherten müßten „zum Wohle der Kultur und zum Schaden für den Sozialismus“ die Volkspartei wählen, weil nämlich „die Linksparteien“ (also auch die SPD.) dem Versicherten nicht den Schutz seiner ideellen und materiellen Interessen gewähren. Oft genug hat der Herr Kollege die kommunistischen Ärzte angerufen, als außer der SPD. keine andere Partei — am allerwenigsten die Volkspartei — für die entrechteten kämpfenden Ärzte und Versicherten zu haben war. Was dieser alle ehrliche Bund überhaupt geworden ist, verdankt er kommunistischer Hilfe. Arbeiter, hier gilt es abrechnen! Demnächst soll eine Mitgliederversammlung dieses Bundes stattfinden. Reicht dann den Herrschaften die Roste herunter; entthront den diegewandten Vorstand oder laßt endgültig die nach den Zielen der schwerindustriellen Ausbeuterpolitik segelnde Organisation zum Teufel fahren!“

Behreulich ist die sozialistische Festsellung, in welchen Beziehungen die kommunistischen Ärzte des „Bundes der Versicherten“ gestanden haben, den Herr Dr. Lothar Wolf jetzt bis auf „allen ehrlichen Bund“ verhöhnt. Unschäm ist die Klage, daß dieses (wie Wolf selber sagt) im Schatten der Kommunisten gediehene Pflänzchen den Pflögern und Hütern so wenig Freude gemacht und sich der Sonne „Deutsche Volkspartei“ zugewendet hat. Im Schatten der Kommunisten ist schon manches Pflänzchen gediehen, das nachher eine sehr unerwünschte Entwicklung genommen hat. An der Entwicklung des „Bundes der Versicherten“ wird aber wenigstens der Groß-Berliner Kerkelch seine Freude haben, die Organisation, die den auf Zertrümmerung des Krankenkassenwesens abzielenden Ärztestreit geführt und die erkrankten Kassenmitglieder schwer geschädigt hat.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnantostki.

„Morgen,“ erklärte sein Vater kurz. „Aber laßt mich selber den Augenblick wählen.“
Dann lasen sie wieder.
„Morgen um diese Zeit ist alles klar — wie es dann auch sein mag,“ sagte Reskitalo schwer, als sie sich zur Ruhe niederlegten.
In der Nacht schlief er nicht.
Er dachte über die Handlungen des Menschen und ihre Folgen nach. Erst jetzt begriff er, daß das Furchtbarste, was einen Menschen treffen kann, das Hüten eines verbrecherischen Geheimnisses ist. Denn er vermochte doch nicht vor ihm zu entfliehen, sondern es folgte ihm auf Schritt und Tritt.

10.

Der Tag brach an, frostig und schwer.
An den Morgen beteten Reskitalo und seine Frau inständig, dieser bitterste Tag ihres Lebens, von dem Glück und Unglück so vieler Menschen abhing, möchte ein gutes Ende nehmen.
Nachdem die Frau an ihre Morgenbeschäftigungen gegangen war, blieb Reskitalo noch in der Kammer und las.
Als er dann kurz vor dem Frühstück unter den anderen erschien, fühlte er sich eifrig ruhig, wie einer, der den Weg seines Schicksals wandert, ohne nach rechts oder nach links ausweichen zu können.

Am Frühstückstisch sah man wie in der Kirche. Nur Lutela redete etwas, aber auch nur wenig, denn er dachte überhaupt mehr als er sprach.
Nach dem Frühstück sollte es geschehen.
Reskitalo kam es vor, als habe ihm das Schicksal bei all seiner Strenge doch ermutigend mit dem Haupte zugewinkt. Denn die Burschen fuhren gerade für die neuen Scheunen Baumstämme aus dem Wald, und er behieb sie mit Lutela zu Hause an dem Bauplatz. Dort, weit weg auf dem Scheunenhügel, wollte er dann die Sache mit ihm ins klare bringen.
Eine einzige kleine Vorkehrung hielt er für erforderlich — er ließ Riitta zu ihrer fernab wohnenden Mutter auf Besuch gehen. Aber auch in dieser Hinsicht war das Schicksal gütig: Riitta hatte schon häufig davon gesprochen, weshalb man ihr nur mitzuteilen brauchte, jetzt passe es. Und diesmal war es ihm ganz gleichgültig, ob Riittas Augen aufblitzten oder nicht — die Hauptsache war, daß kein fremdes Auge in der Nähe war.

Sie waren endlich zu zweien — auf dem kahlen Scheunenhügel inmitten der großen Balkenhäuser.

Reskitalo Stunde war gekommen.
Aber da überfiel ihm plötzlich eine solche Angst, daß er zu zittern anfing. Es war das blinkende Beil in Lutelas Hand, das dieses Entsetzen hervorrief.

„Hier kann am Ende ein Mord geschehen!“ dachte er.
„Es muß im Hause erledigt werden.“

Jetzt wurde ihm klar, wie furchtbar es war, die eheliche Ehre eines Mannes zu verlegen. Er hielt es für ganz natürlich, daß Lutela, falls er auch nur etwas Verdacht schöpfte, ihn, ohne ein Wort zu sagen, mit seinem Beile erschlage, wenn er jetzt hier redete. Und daß er einen Verdacht hegte, das war nur zu klar.

In dem Augenblick geriet die Fassung, die er am Morgen befehlen hatte, ins Schwanken.

„Wenn man versuchte, Manta selbst zum Sprechen zu bringen?“ hastete er.

Doch das fand er zu kläglich, außerdem wußte er, daß seine Tochter auf keinen Fall darauf eingegangen wäre.
Da straffte sich der planende und ordnende Bogen seines Geistes von neuem. Er erkannte, daß er gar keine Vorkehrungsmahregeln ergriffen hatte, und begann sie auszudenken.

So ging der Tag zur Hälfte herum.
Die Burschen blickten ihn fragend und gespannt an, als sie mit ihrer Holzfuhr am Bauplatz anlangten.

„Ruh nicht, wartet!“ antwortete er beruhigend mit einem Blick.

„Ruh nicht, ich werde es schon erklären,“ sagte er im Vorübergehen zu seiner Frau, als er zum Mittagessen kam.

„Ruh nicht... gleich,“ antwortete er, als man sich an den Tisch setzte, auf Hannas ängstlichen Blick.

Als man sich nach dem Essen erhob, sagte er zu Lutela:
„Ich werde mich wohl ein bißchen ausruhen müssen, ich komme aber nach, sobald ich kann.“

„Ruh dich nur gesund, ich werde auch schon allein fertig werden,“ erwiderte Lutela.

Reskitalo ruhte wirklich — mit pochenden Schläfen, an die Decke starrend — solange, bis seine Frau daranging, den Nachmittagskaffee zu kochen. Da stand er auf.

Zuerst legte er alle Beile, Messer und sonstige scharfe Geräte an sichere Orte.
Als der Kaffee fertig war, schickte er Helta zum Einlaufen nach dem am anderen Ende des Dorfes liegenden Laden und trug ihr auf, im Vorbeigehen Lutela zum Kaffeetrinken zu rufen.

Dann ließ er Manta sagen, sie solle in ihrer Kammer bleiben und den Schlüssel ausziehen.

Nachdem dies getan war, ließ er sich auf die Küchenbank nieder und wartete.

Lutela kam rotsäckig und heiter herein. Es war ihm, während er allein arbeitete, ein kleiner Aenderungsantrag zu ihrem Plan für die Kornbarre eingefallen, und er setzte ihn jetzt fröhlich auseinander.

Reskitalo stimmte bei und wurde auch selber vergnügt — da konnte man gut fortfahren, ganz anders, als wenn sie schweigend dagefesselt hätten. Seine angeborene Verschmittheit, die in der letzten Zeit ganz daniedergelegen hatte, begann sich sofort zu regen.

So wurde die erste Tasse getrunken. Nachdem die alte Frau die zweite eingegossen, ging sie hinaus, indem sie, wie um Segen flehend, nach ihrem Manne blickte.

Reskitalo leerte seine Tasse schnell und wartete auf Lutela, das Gespräch auf geeignete Weise fortspinnend.

Lutela wurde mit dem Trinken fertig und stellte die Tasse auf den Tisch. Die Pause in dem Gespräch trat gerade ein, wie es Reskitalo gewünscht hatte.

„Ja — gewiß, so wird's ja — wird's ja gut — sehr gut werden,“ sagte er, die Worte hinziehend. Das war der Abschluß des Vorhergehenden und der Uebergang zu dem Neuen, und er konnte nicht hindern, daß seine Stimme bebte. Er nahm alle Fassung zusammen und versuchte leicht zu lächeln, obwohl sein Gesicht starr war wie einem, der aus der Kälte hereintritt:

„Und wo es mit dir, Lutela, so schön kommen mußte, daß du hier auch noch einen Stammhalter kriegst — damit du die Scheunen nicht umsonst aufbaust.“

Es folgte ein eisiges Schweigen. Die beiden Männer sahen sich an.

In Lutela schien alles zu stocken, und seine kleinen Augen blickten rund, wie wenn sie ein Gespenst sähen.

Bei diesem Anblick bekam Reskitalo den scherzenden Satz nicht aus dem Munde, den er sich als Fortsetzung ausgespart hatte. Er nickte nur mit dem Kopfe und versuchte immer noch zu lächeln.

„Es ist wahr. Hat dir denn Manta noch nichts gesagt?“

Doch Lutela starrte weiter geradeaus, ohne etwas anderes als Verblüffung zu bekunden. Dann zuckten seine Lider, seine jählings erblähten Lippen begannen zu erzittern, und er blickte Reskitalo mit hilflosen, verdrehten Augen an — dann wandte er sich, ohne ein Wort zu sagen, um und ging mit schweren, polternden Schritten hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Junggefellens Leiden.

Warum die Mieteingangsämter überlastet sind.

Der ledige Jurist Dr. R. wohnt seit Mitte Oktober 1922 in Berlin möbliert bei einem alten Fräulein, das im Hauptberuf eine Bureauaufstellung hat und sich durch Vermieten eines Zimmers nur eine Nebeneinnahme verschafft. Nach einem halben Jahre entstanden Differenzen wegen des Mietpreises. Die Vermieterin erklärte, daß im Berliner Westen alle Untermieter freiwillig mehr zahlten, als sie nach dem Gesetz zu zahlen hätten, aber der Jurist ging hierauf nicht ein, weil er sich nicht zu einer ungesetzlichen Mehrzahlung zwingen lassen wollte und auch mit Recht über die Bedienung unzufrieden war. Es begannen allerlei Schikanen, um den Untermieter herauszugrauen. Die Vermieterin ließ die sehr schmutzige Gardine im Laufe eines Jahres nicht ein einziges Mal reinigen, beseitigte Schmutzwasser nicht, verweigerte das Abdecken des Bettes, mußte zu allen Pflichten erst durch Klagen gezwungen werden.

Im April 1923 wurde vom Mieteingangsamt Tiergarten durch Vergleich die Miete bis Ende Januar festgesetzt, aber der Antrag der Vermieterin auf Genehmigung zur Kündigung abgelehnt. Später forderte die Vermieterin den Vergleich an und beantragte Festsetzung der Miete vom 1. Juni ab. Im Termin hierüber vor dem Mieteingangsamt hob der Ferienvorsitzende, ein Landgerichtsrat, den Vergleich auf, setzte die Juni-Miete auf fast das Fünffache der Vergleichssumme fest und erteilte die Genehmigung zur Kündigung, obwohl diese in dem neuen Verfahren gar nicht beantragt war. Er erklärte: „Solche Leute muß man trennen.“ Der Mietzins wurde auf Grund ganz unbestimmter Angaben festgesetzt, auch für Bedienung, welche die Vermieterin trotz Zuredens des Vorsitzenden auch im Termin verweigerte. Wegen aller dieser Rechtsverstöße beantragte Dr. R. beim Zentral-Mietamt die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens, das erst nach vier Monaten zugestanden wurde. Inzwischen hatte die Vermieterin Räumungs-Urteile beim Amtsgericht Schöneberg und beim Landgericht erreicht. Die Urteile, für die noch nicht das Mieterchutzgesetz in Anwendung kommen konnte, sahen zwar, die Räumung sei begründet, geben aber keine Begründung und folgen lediglich der rechtsirrtümlichen Kündigungsgenehmigung des Mieteingangsamtes. Bei der Verhandlung am 4. Dezember 1923 über die Genehmigung zur Zwangsvollstreckung erklärte sich das Mieteingangsamt in dem schwebenden Wiederaufnahmeverfahren für zuständig und beschloß Einforderung der Räumungssachen des Amtsgerichts. Trotzdem also vom Zentral-Mietamt das Wiederaufnahmeverfahren endlich angeordnet war, weigert sich jetzt das Mieteingangsamt Tiergarten, dieser Anordnung zu entsprechen, erklärte sich unter Hinweis auf das Mieterchutzgesetz, obwohl dieses für das Verfahren nach altem Recht gar nicht in Betracht kam, zur Wiederaufnahme für unzuständig und setzte neuen Termin zur Genehmigung der Zwangsvollstreckung an. Hiergegen ist beim Mietamt abermals Protest erhoben worden. Bei solchen prozeduralen Tobabwahn braucht man sich über die Belastung der Einigungsämter und Gerichte mit Mietrechtsachen nicht mehr zu wundern.

Ein Rodausflüger bei der Arbeit.

In der Frankfurter Allee wurde am Mittwochabend ein Rodausflüger auf frischer Tat ertappt und festgenommen. An jener Stelle steht ein Mann mit einem Fernrohr, durch das sich Schaulustige die Gestirne betrachten können. Diese Gelegenheit benutzte der Aufflüger, zwei Mädchen, die am Fernrohr standen, mit einer Schere ein Stück aus dem Kleid herauszuschneiden. Eines merkte das noch, bevor er weggehen konnte. Als er sich entfernte, ergriff er die Flucht, wurde aber nach längerer Verfolgung ergriffen und der Kriminalpolizei übergeben. Der Erkappte wurde festgesetzt als ein Bekannter Otto Th. aus der Gubener Straße, ein junger Mann von 23 Jahren. In seiner Wohnung fand man in der Kommode noch weitere Stoffstücke, und jetzt räumt er gegen 20 Fälle ein. Die betroffenen Mädchen und Frauen werden erfaßt, sich bei Kriminalkommissar Strome im Postzeilpräsidium zu melden. Vermutlich wird es sich bei dem jungen Mann um eine Art Feilschismus, eine trantastische Veranlagung, handeln.

Reisen fürs Volk.

Unter dem Namen „Volkstreisbund e. V.“ hat sich aus Angehörigen aller Schichten und Richtungen eine politisch und religiös unbedingt neutrale gemeinnützige Vereinigung gebildet, die bei Ausschaltung jeder kapitalistischen Erwerbsabsicht danach strebt, durch Schaffung oder Rodweis geplanter Bekümmern, durch Belehrung über zweckmäßiges Reisen, durch Ausstellung von Reiseplänen, durch Verschaffung billiger Fahr-, Unterkunfts- und Erholungsgelegenheiten, sowie insbesondere durch Schaffung einer Reisegegeldspareinrichtung beim Bunde, minderbemittelten Kreisen (Angestellten, Arbeitern, Beamten, Angehörigen der freien Berufe, des Handwerkes, des Mittelstandes) das Reisen in Deutschland und im Auslande zum Zwecke der Erholung, der Belehrung und des persönlichen Kennenlernens von Land und Leuten zu ermöglichen oder zu erleichtern, sowie alle Einrichtungen zu schaffen bzw. zu betreiben, die zur Förderung dieses Zweckes dienlich erscheinen. Der Bund erhebt monatlich einen Beitrag von 50 Pf. neben einem festen Sparbeitrag von 1,50, 3,50 oder 5,50 M., der bis zur Verwendung für Reisezwecke (oder restloser Rückzahlung in Nothfällen) verzinst wird. Für Eintritte vor dem 30. Juni d. J. wird ein Eintrittsgeld nicht erhoben. Die Mitglieder erhalten durch ihre unentgeltliche Bundeszeitschrift die Auswahl zur Teilnahme an Reisen aller Art. Insbesondere sollen gepflegt werden: Urlaubsreisen für Mitglieder, die ihren Urlaub an geeigneten Stellen des In- und Auslandes verbringen wollen. Hierher gehören auch sogenannte Wochenendreisen. Tauschreisen für Mitglieder, die einen Gast kostenlos bei sich aufnehmen und dafür, während einer gleichen Zeitdauer, bei diesem Gäste im In- und Auslande Aufnahme finden, so daß für beide Teile nur die Reisekosten in Anrechnung kommen. Ein solcher Tausch kann auch über eine dritte Familie erfolgen. Er kommt besonders für Erholungsbedürftige, Studierende usw. in Frage. Kundreisen für Mitglieder, die an kürzeren oder längeren Bergreisereisen im In- oder Auslande teilnehmen wollen. Jugendreisen für Kinder und Jugendliche unter besonderer Obhut, zum Ferienaufenthalte, zur Erholung, zu Wanderausflügen usw. Vereinsreisen für Schulen, Vereine aller Art, die ihren besonderen Bedürfnissen entsprechende Reisen wünschen. Auf diesem Gebiete ist das Zusammenarbeiten mit allen bestehenden Wandervereinen u. dgl. geplant. Einzelreisen jeder Art. Besorgung von Freikarten, Unterbringung usw. nach Wunsch. Für später ist auch die Schaffung eigener Heime in Aussicht genommen worden.

Wendungen und Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle des Bundes, Berlin W., Karlsbad 4. Dorthin sind auch Anmeldungen zur Uebernahme von Vertrauensmänner-Posten zu richten, desgleichen Meldungen von Gasthäusern und Privaten an geeigneten Orten, die Feriengäste in größerer Zahl unterbringen können.

Beichtigung der Gefrierfleischvorräte.

Auf Anregung der Stadtrechnungsämter wurden unter sachkundiger Führung und Beteiligung von Vertretern der städtischen Finanzverwaltung, des Hauptgesundheitsamtes, sowie der Krankenheil- und pflegeanstalten die in Kühlräumen eingelagerten Gefrierfleischvorräte der Ernährungsämter beichtigt. Das Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß das von vollstehenden Kindern stammende, in Argentinien unter tierärztlicher Kontrolle eingeschaltete, gut konservierte Fleisch von hervorragender Güte ist und für die Ernährung in den Anstalten durchaus geeignet erscheint. Von besonderem Interesse, auch für die privaten Verbraucherkreise, wird die Feststellung sein, daß der nur einzelnen Familien entbehrende weniger angenehme Geschmack nicht auf

Mängel in der Konservierung, sondern lediglich auf die verschiedenartige Fütterung zurückzuführen ist, die sich bei dem Fleische aller Tiere vorwiegend im Fettgeschmack bemerkbar macht. Es empfiehlt sich zur Vermeidung von Substanzverlusten, das in nicht völlig aufgetautem Zustande von den Verkaufsstellen verarbeitete Fleisch sofort in kochendes Wasser zu legen, damit sich die Poren schließen. Ein großer Vorzug besteht in dem verhältnismäßig niedrigen Preis, der es auch den weniger kaufkräftigen Verbraucherkreisen ermöglicht, sich ein Fleischnahrungsmittel von besserer Güte zu verschaffen. Es steht zu erwarten, daß durch die Einführung in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten als teilweiser Ersatz des Frischfleischs eine wesentliche Verbesserung der Ernährung ohne Mehrkosten erzielt werden kann.

Herzlichen Dank

sagen wir hierdurch allen Genossen und Freunden, die uns durch freiwillige Beiträge bisher so wirksam unterstützten, daß wir die Ausgaben für den Reichstags-Wahlkampf decken konnten.

Neue schwere Wahlkämpfe

stehen uns aber in Berlin bevor, weshalb wir alle Spender herzlich bitten, mit ihren Zuwendungen noch nicht zu erlahmen. Ein großer Teil unserer Genossen ist leider wirtschaftlich noch immer sehr geschwächt.

Freiwillige Beiträge zur energischen Führung auch der bevorstehenden Kämpfe sende deshalb jeder, der es kann, nach wie vor schnell und reichlich auf Postkasskonto Berlin Nr. 46743 an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Tyras hat Schuld.

Alles um den Hund.

„Soviel ist der Räder gar nicht wert.“ erklärte wehmütig der Restaurateur Wormuth, als er wegen einer bösen Geschichte, die eigentlich nicht er, sondern sein Hund ausgefallen hatte, zu 600 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Uebrigens sind Hundprozesse in Moabit an der Tagesordnung, seit die Polizei wegen der Tollmuttergefahr den zahllosen kleinen und großen Hunden die Freiheit erheblich verkürzt hat und verlangt, daß jeder Hundebesitzer seinen Pöbel hühlich an der Leine führt.

Stand da eines Abends an der Ecke der Chaussee- und Invalidenstraße, in einer Gegend, wo man den Grünen auch sonst nicht heid ist, der oben erwähnte Gastwirt Wormuth mit seinem Sohn und dem Dentisten Schraeger. Der Gastwirt hatte seinen „Tyras“ an der Leine. Schraeger war ebenfalls von seinem vierbeinigen Hausgenossen, der aber eine „Sie“ war, begleitet, und die beiden Hunde gingen alsbald eine zärtliche Unterhaltung an. Der temperamentsvolle Tyras wand sich wie ein Kat, um zu der Fremdin gelangen zu können und streifte schließlich das Halsband mit der Leine ab. Just in diesem Augenblick nahte ein Schupoamter, der die Hundebesitzer energisch an ihre Pflicht mahnte. Der eroberte Gastwirt zog darauf eine unfreundliche Parallele zwischen dem energischen Einschreiten der Polizei gegenüber harmlosen Hunden und einer unbegreiflichen Duldsamkeit gegenüber dem Gesindel, das sich dort oben herumtreibt. Der Sohn des Gastwirts ließ sich sogar dazu hinreißen, dem Beamten ins Gesicht zu schlagen. Eine Anzahl übler Elemente, die sich inzwischen angesammelt hatten, nahmen sofort Partei gegen den Beamten, und dieser geriet in so bedrohliche Lage, daß er durch Rotzsignale mehrere Kameraden herbeirufen mußte. Die vier Schupoleute brachten dann mit Mühe und Not, bedroht von einer lebenden Woge, die drei Männer samt den Hunden zur Wache. Die Folge war eine Anklage wegen verübter Gefangenenerrettung, Widerstandes, tätlichen Angriffs und Beleidigung. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten. Auf die eingeleitete Berufung wurde diese Strafe auf eine Geldstrafe von 600 bis 1000 M. herabgesetzt. Das Gericht nahm an, daß der Beamte in rechtmäßiger Ausübung des Amtes gehandelt habe. Das Gericht sah aber den Fall milderer an als der Vorderrichter.

Sonntag Eröffnung des Freibades Müggelsee. Am Sonntag,

18. d. M., öffnet das Freibad wieder seine Pforten und ladet zum Besuch ein. Das Freibad Müggelsee ist auf Waldwegen vom Bahnhof Rahnsdorf in 10 Minuten zu erreichen. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt 10 Pf. Kinder im schulpflichtigen Alter zahlen die Hälfte. Neu ist in diesem Jahr die Waldschwänke des Freibades. Der Ordnung- und Rettungsdienst ist wieder bereitwilligst von dem Freibadverein Groß-Berlin und Schwimmverein Belle übernommen worden. Beide Vereinigungen versehen schon seit Jahren im Interesse der Allgemeinheit diesen verantwortungsvollen Dienst und haben sich durch ihre stete Bereitwilligkeit die Achtung der Badebesucher seit Jahren erworben.

Noch eine Kant-Feier in einer Volksbücherei. Die städtische Volksbücherei Reutalinn teilt uns mit: In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 7. Mai findet sich ein Bericht über eine Kant-Feier der Charlottenburger Volksbücherei mit dem Bemerkten, daß dies die einzige Kant-Feier sei, die in Volksbüchereien stattgefunden hätte. Dazu wäre zu bemerken, daß die Volksbücherei Reutalinn am 24. April eine Kant-Feier veranstaltet hatte, bei der Dr. R. J. Grau die Gedankrede hielt. Mit dieser Feier schloß die Reutalinn Bücherei ihre Winterveranstaltungen ab, die vor allem darauf abzielten, einen kleineren Kreis von Menschen systematisch in ein begrenztes Gebiet einzuführen. Die Bücherei beabsichtigt, ihre Bildungsarbeit im nächsten Winter in ähnlicher Weise fortzusetzen. Es ist erfreulich, daß diese Veranstaltungen in Arbeiterkreisen lebhaftes Interesse erregt haben und von einem zwar kleinen, aber fernbegierigen Kreis von Arbeitern regelmäßig besucht werden.

Erholungsgegeld des Rotdienstes Berliner Frauen. Zu seinem „Ernährungsgegeld“ und seinem „Spendengegeld“ gibt der Rotdienst der Berliner Frauen (Geschäftsstelle Charlottenburg, Goethestr. 22) nun auch „Erholungsgegeld“ für die Beschaffung bedürftiger Schulkinder in Erholungsheime aus. In Form von Marken, die auf vorgegedruckte Karten zu kleben sind und aus zwölf Marken (zu je 50 Pf.) bestehen, wird das Erholungsgegeld zu haben sein. Für je zehn vollgeliebte Karten kann ein Kind verschickt werden. Die zehn Karten werden dem Rotdienst Berliner Frauen eingeschickt, der Name und Adresse des Kindes, das durch die Karte verschickt werden kann, dem Abfender meldet.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 16. Mai.

Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12:15 Uhr: Vordörse. Nachm. 12:55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1:06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2:15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag: „Vom Howlenbrauen“. 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Diem: „Sport und Radio“. Vortrag des Frau-Ministers für Volkswohlfahrt, Herrn Hirtzinger: „Staat und Lebensübungen“. 8.30 Uhr: Brahms-Abend. 1. a) Minnelied, b) Wie bist du meine Königin, c) Ständchen (Konzertmäner Alfred Wilde). 2. Adagio aus dem Violinkonzert (Stefan Frenkel). 3. a) Sapphische Ode, b) Wagnereid, c) Liebestreu (Pauline Dobert). 4. a) Sonntags, b) Feldinsamkeit, c) Auf dem Kirchhof (Alfred Wilde). 5. a) Unbewegte Luft, b) Von waldbekrönter Höhe (Pauline Dobert). 6. 1. Satz aus der Sonate für Violine und Klavier, A-dur (Stefan Frenkel). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

Erweiterungen im Straßenbahnverkehr. Vom 17. Mai ab werden folgende Erweiterungen im Straßenbahnverkehr Platz greifen: Linie 43, Dahlem-Bhf. Stiglich wird von Stiglich über Schloß, Rheinfr., Hauptstr., Potsdamer Str., Bülowstr., Flottwellstr., Schöneberger Ufer, Linkestr. bis zum Potsdamer Platz verlängert. — Linie 15, Bismarck-Krankenhaus-Bhf. Neuföln, wird zeitweise im 15. bzw. 20-Minutenverkehr bis zum Neuen Gemeendefriedhof in der Gottlieb-Duncker-Str. durchgeführt. — Auf der Linie 65 fahren die Wagen ab Zentralbahnhof 1 Minute später: 10, 25, 40, 55 Minuten nach der vollen Stunde (statt 9, 24, 39, 54), ab Mühlentstraße 6 Minuten früher: 59, 14, 29, 44 (statt 5, 20, 35, 50). — Linie 66 Abfahrt vom Hohenzollerntor 4 Minuten später: 10, 25, 40, 55 (statt 6, 21, 36, 51).

Beim Fensterputzen abgestürzt. Der 47 Jahre alte Fensterputzer Otto Birholz aus der Lippeher Str. 36 war mit dem Reinigen der Fenster im 3. Stockwerk des Hauses Neue Winderfeldstr. 12/14 beschäftigt. Möglich verlief er das Gleichgewicht und stürzte aus beträchtlicher Höhe in den Hof hinab. Man brachte ihn mit schweren inneren und äußeren Verletzungen nach der Charité.

Begleitbildungsausschuß Groß-Berlin. Zu Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. Mai, sind noch einige Karten für das Deutsche Oberhaus (Abendvorstellungen) im Bureau des Begleitbildungsausschusses, Lindenstr. 8, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 8, zu haben.

Die Toten von Verdun.

Im unterirdischen Gang am „Toten Mann“.

Vor einigen Wochen ging durch die französische und deutsche Presse die Mitteilung von der Auffindung deutscher Kriegerleichen in einem unterirdischen Gang am „Toten Mann“ bei Verdun. Das Zentralnachweisamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau unternahm sofort durch Vermittlung der französischen Militärmission Berlin Schritte, um eine Feststellung der Toten herbeizuführen. Die französische Dienststelle hat jetzt im allgemeinen die Tatsache bestätigt, aber hinzugefügt, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Witterungs- und Bodenverhältnisse (Erdrutschgefahr) ein Vordringen in die ausgedehnten unterirdischen Gänge zurzeit untunlich erscheint. Sobald sich die Gelegenheit bietet, sollen die nötigen Feststellungen umgehend getroffen und ihr Ergebnis dem Zentralnachweisamt mitgeteilt werden. Das Wollfische Bureau wird alsdann die erhaltenen Aufkünfte veröffentlichen, sowie — ohne besonderen Antrag — die Angehörigen der bisher etwa als Vermisstengeführten und jetzt als tot festgestellten Krieger schnellstens benachrichtigen.

Frische Heringe als — Schweinefutter.

Große Heringschwärme in der Ostsee.

In der Ostsee an der holländischen und Preussischen Küste sind große Heringschwärme aufgetreten. In der Pöschländer Bucht, östlich von Bornemünde, zogen die Fischer nachts 200 Zentner Heringe an den Strand. Der Ulfah der großen Fischmengen stößt auf Schwierigkeiten. Die Heringe werden größtenteils als Schweinefutter verwendet, da es zur Konservierung an Hilfsmitteln und Vorbereitungen fehlt. — Diese von T. L. verbreitete Nachricht klingt so unglaublich, daß die Behörden sich mit ihr beschäftigen sollten. Von Zeit zu Zeit wird die Bevölkerung immer wieder aufgefordert, sich doch ja der nahrhaften Seeische zu bedienen, und wenn sie da sind, dann soll es an Hilfsmitteln und Vorbereitungen fehlen, so daß die nahrhaften Seeische den Schweinen zum Fraß vorgeworfen werden.

Schweres Explosionsunglück in Sonderhausen.

Zwei Schützen der Sonderhäuser Wehrabteilung sollten im Munitionshaus Handgranaten von einem Raum in den anderen karrieren. Dabei erfolgte aus bisher unbekanntem Grunde eine Explosion, die das ganze Munitionshaus vernichtete. Einer der Soldaten konnte sich retten, hat aber schwere Brandwunden davongetragen, daß er abends im Krankenhaus verstarb. Der zweite konnte nur als Leiche unter den Trümmern herbeigeholt werden. Eine bei dem Unglück schwer verletzte Frau befindet sich in bedenklichem Zustande im Krankenhaus. Die sofort herbeigeleitete Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die Kaserne und die umliegenden Gebäude zu schützen.

Verhaftung einer Engelmacherin in Dresden. Laut Polizeibericht wurde in Dresden die Arbeiterfrau J. wegen Abtreibung in mehreren Fällen festgenommen. Die eingehende polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß die J. sich nicht nur gegen das lebende Leben vergangen, sondern mehrfach lebendige Kinder in bestialischer Weise umgebracht hat. Sie hatte Frauen teufelhaft in ihrer Wohnung aufgenommen, die Geburt beschleunigt und die neugeborenen Kinder mit Decken erstickt, mit Petroleum begossen und im Ofen verbrannt. Auch einige der Mütter haben durch unachtsame Behandlung ihr Leben eingebüßt. Der Ehemann sowie eine Wittäterin wurden ebenfalls festgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen schweben noch.

Sport.

Der Große Preis von Berlin.

Die Berliner Radsporgemeinde steht mit großer Spannung dem Rennen im Stadion entgegen, die sich am Sonntag abspielen werden. Im „Großen Preis von Berlin für Flieger“ werden ungefähr 80 Fahrer am Start erscheinen, wovon allerdings nur vier das Glück haben werden, den Entscheidungskampf zu bestreiten. Diese vier Besten messen sich dann erst in drei Läufen nach Punktwertung. Eine harte, aber notwendige Auslese! Im „Großen Preis für Berlin für Dauerfahrer“ treten acht Mann an. Das Rennen selbst geht über 100 Kilometer, und zwar zwei Läufe zu je 50 Kilometer. Weitere Rennen, so der „Preis von Charlottenburg“, der „Preis vom Grunewald“ und endlich der vom Stadion, werden das Programm ausfüllen. Von deutscher Seite ist alles ausgeboten, um dem Ansturm der Ausländer — es sind sieben Nationen gemeldet — entgegenzutreten zu können. Für Deutschland starten u. a.: Ritt, Wend, Mayer, Stabe, Krupka, Lewanow, Sewall, Bauer, Schrage, Hahn, Gottfried, Gebrüder Tief. Das Ausland hat gute Klasse geschickt: Kaufmann und Wegmann (Schweiz), van Kempen und Leene (Holland), Spencer und Coburn (Amerika), Bellier und Saman (Frankreich), Banderstunf (Belgien), Verri, Morri und Rizzetto (Italien), Ellegaard und Tenfen (Dänemark).

Rennen zu Karlshorst am Donnerstag, den 15. Mai.

1. Rennen. 1. Feuerbach (Rate), 2. Georg (Dorf), 3. Daula (Einfänger). Toto: 16:10. Wagn: 13, 30:10. Ferner lief: Erbschleier.
2. Rennen. 1. Ugebra (v. Borde), 2. Eggansa (Eingelmann).
3. Nüberhauptmann (v. Herder). Toto: 47:10. Wagn: 20, 37:10. Ferner liefen: Eibmede, Berganankel.
4. Rennen. 1. Karal (Ebler), 2. Fliegender Holländer (Dertel), 3. Kdda (Kuhles). Toto: 21:10. Wagn: 13, 11:10. Ferner lief: Sandla.
5. Rennen. 1. Belreth (Kuhles), 2. Fuchsmajor (Dertel), 3. Kahlert (Ebler). Toto: 27:10. Wagn: 11, 10:10. Ferner lief: Völscher.
6. Rennen. 1. Ritter Maubart (Dr. Freese), 2. Herzog (v. Borde).
3. Sogard (Dr. König). Toto: 28:10. Wagn: 19, 19:10. Ferner liefen: Burggraber, Spreewald.
7. Rennen. 1. Eternschuppe (D. Schmidt), 2. Brina Karmengl (Frankel), 3. Schafat (Breege). Toto: 18:10. Wagn: 12, 87, 17:10. Ferner liefen: Eno, Christinos, Geertshere, Wier.

Briefkasten der Redaktion.

Streichstraße 134. Der Auspruch ist vom preussischen Justizminister Götzler bei einer Justizbesuche 1894 oder 1896 geäußert worden.

Wirtschaft

Köln Messe.

A. S., Köln, 15. Mai.

Der Versuch der Stadt Köln, in ihren Mauern die seit Jahrhunderten aufgegebenen Messe wieder aufzunehmen, kann nicht nach dem geschäftlichen Erfolg beurteilt werden, der bei der gegenwärtigen Lage der Konjunktur nur gering sein konnte. Die Kaufunfähigkeit der breiten Massen, im westlichen Deutschland noch gesteigert durch den Ausfall der Kaufkraft der ausgesperrten Bergarbeiter, mußte zusammen mit der Kreditnot den Absatz beeinträchtigen, und man kann sagen, daß unter diesen Umständen die Abschlüsse auch der von den Käufern noch bevorzugten Branchen verhältnismäßig gering geblieben sind. Aber eine Messe soll ja in erster Linie für den Absatz werben, und diese Aufgabe zu erfüllen, ist sie gerade in kritischen Zeiten besonders berufen.

Die Organisation des Kölner Messpalastes stützt sich in der Hauptsache auf die Produktionskraft der Fertigungsindustrie, die im Ruhrgebiet, im Wuppertal, im bergisch-märkischen Land und im nordwestlichen Rheinland (Waden, Arefeld, Münden-Oldbad) sich um die gewaltigen Kohle- und Energiequellen dieses Landes gruppieren. Sie stützt sich weiter auf die hervorragende Eignung Kölns als Bahn- und Schiffsverkehrsknotenpunkt zur Anbahnung einer großzügigen Handelsorganisation. Auch für den Absatz sind denkbar günstige Vorbedingungen gegeben in der Tatsache, daß in den genannten Industriezentren, insbesondere aber an der Ruhr, ungeheure Menschenmassen arbeiten, die zur Deckung ihres Lebensbedarfes kaufen müssen, und daß Köln auch für den Export, insbesondere über holländische Hafenplätze, über die denkbar besten Verkehrsverbindungen verfügt. Insofern war der Gedanke, hier eine Messe zu errichten, in den ökonomischen Umständen begründet.

Die Organisation der Waren-Ausstellung kann im ganzen als gelungen angesehen werden, obwohl die erste Kölner Messe noch lange nicht über die Traditionen verfügt wie etwa der Leipziger Zentralmarkt oder die Frankfurter Messe. Die Gefahr, daß insbesondere Köln und Frankfurt miteinander konkurrieren, daß die Beschäftigung der gleichen Messen durch die gleichen Aussteller und Einkäufer eine Vertiefung der Warenverteilung herbeiführen kann, liegt nahe. Bekannt kann sie nur werden, wenn Frankfurt und Köln bestrebt sind, eine wirkliche Arbeitsteilung durchzuführen.

Denn jede Messe tritt ja nicht allein mit dem Anspruch auf, die Warenverteilung eines kleineren Gebietes zu beeinflussen; ihr Zweck ist vielmehr der, Einkäufer aus allen Gegenden anzulocken und die Produkte der auf ihnen ausgestellten Industrie- und Handelszweige möglichst weit ins Land und über die Landesgrenzen hinauszutragen. Es wäre eine Energievergeudung, wenn hier eine Doppelarbeit geleistet werden würde, die lediglich Kosten verursacht, ohne den Ausmaß der Messe zu erhöhen.

Ähnlich wie Frankfurt und andere erst in der Nachkriegszeit neuerrichtete Messen ist in Köln die Ausstellung der Waren auf einen kleinen Raum beschränkt, und man hat versucht, die Stände der einzelnen Branchen möglichst übersichtlich anzuordnen. So birgt eine Halle Großmaschinen, Maschinenteile und Erzeugnisse der Fertigungsindustrie; die hauptsächlichsten Bedarfswaren der Textilindustrie sind dadurch weniger übersichtlich geworden, daß man für die Erzeugnisse des Münden-Oldbader Industriezentrums die Schau in einem eigenen Haus untergebracht hat zusammen mit der Ausstellung der Oesterreicher. An diese Hallengruppe schließt sich ein Freigelände, in dem die Großmaschinen bis zum riesigen Braunkohlebagger aufgestellt sind. Hier treffen mit auch die Erzeugnisse der Automobilindustrie, der heimischen sowohl wie der fremden, unter denen die Traktoren, Last- und Personenautos amerikanischer Firmen wegen der jetzt drohenden Konkurrenz besonderes Interesse erwecken. Ford hat seine Waffensprodukte hergeleitet, die einfachen, in Serienfabrikationen hergestellten Autos sind infolge der Schutzzölle längst nicht so billig, wie sie sein könnten. Die billigsten sind mit 1900 bzw. 1950 holländische Gulden angeboten, also immerhin über 3000 Goldmark. Ob ihre einfache Ausstattung in Deutschland starken Anklang finden wird, muß dahingestellt bleiben. Immerhin wird sich die deutsche Automobilindustrie durch schnelle Uebertragung zur Serienfabrikation auf die starke Konkurrenz einstellen müssen, die ihr hier erwächst und gegen die selbst Protektionsmaßnahmen auf die Dauer keinesfalls helfen. In dem Freigelände sind ferner noch einige Hallen aus imprägniertem Holz untergebracht, in denen Galanteriewaren, Spielwaren, Erzeugnisse der Lebens- und Genussmittelindustrie und der Möbelindustrie untergebracht sind.

Daß bei der Organisation der Messe noch einige Mängel vorhanden sind, ist bereits kurz erwähnt worden. Die Messe ist eng und konzentrisch angelegt; die Zahl der Besucher aber, die nur zum Schauen hinkommen, ist so ungeheuer groß, daß zuweilen Geschäftsverhandlungen nur schwer möglich sind. Wenigstens für einige Stunden des Tages sollte daher die Messe für den öffentlichen Verkehr geschlossen sein. Diese und einige andere Mängel mehr technischer Art dürften zweifellos überwunden werden, sobald erst Köln als Messe eine Tradition hat.

Von besonderem Interesse war selbstverständlich die Frage, inwieweit die Bergarbeiterausperrung auf die Konjunktur an der Messe Einfluß hatte. Da im Handel jetzt lange Zahlungsziele üblich geworden sind, die überdies von den Abnehmern oft gar nicht innegehalten werden, mußte die Aussperrung von fast einer halben Million Menschen für Produzenten und Abnehmer eine Warnung sein. Tatsächlich konnten wir feststellen, daß die Käufer aus dem Ruhrgebiet sich eben solche Zurückhaltung auferlegten wie die anderenorts manchen Lieferanten es sich nicht besonders angelegen sein ließen, darüber Ware abzusehen. Was wird die Folge sein? — Die Industrien, die infolge des Ausfalls der Kaufkraft der Bergarbeiter weniger absetzen konnten, werden früher oder später zu Be-

triebseinschränkungen gezwungen sein, wenn die Aussperrung nicht bald aufhört. Andere Gewerbegebiete werden also mit die Kosten der Produktion der Bergbauunternehmer zu tragen haben.

Verhältnismäßig günstig ist die Beschäftigung trotz knapper Nachfrage und trotz unzulänglichen Einganges neuer Aufträge in denjenigen Industriezweigen, die nicht Lagerware fabrizieren, sondern nur auf Bestellung arbeiten. Diese Industriezweige haben in der Zeit der Kreditinflation, die inzwischen abgestoppt ist, Aufträge auf Monate hinaus erhalten und rechnen auch auf weitere Aufträge auf Grund der Messeausstellung. Für die Kleinindustrie ist die Nachfrage allerdings sehr gering geblieben, und zwar hauptsächlich wegen der hohen Preise, die über den Weltmarkt hinausgehen. Flau ist auch der Geschäftsgang in anderen Gewerbegebieten, wie in der Leder- und Schuhwarenindustrie, während er in Textilgewerbe auf der Messe etwas zunehmen konnte. Daß gerade die Bedarfswaren eine verhältnismäßig geringe Nachfrage finden, ist das untrügliche Zeichen dafür, daß nur ein starker Preisabbau anstatt der jetzt wieder üblich gewordenen Preisverhöhnungen den Absatz beleben kann. Es ist die beginnende Stabilisierungskrise, die dem Kölner Messgeschäft seinen Stempel aufgeprägt hat.

Die Krise der deutschen Textilindustrie.

Kein Industriezweig Deutschlands ist heute so gut beschäftigt wie die Textilindustrie, wo gegenwärtig eine gute Konjunktur herrscht. Die Maschinen sind bis zu 80 bis 90 Proz. beschäftigt, die Industrie ist mit Bestellungen bis Ende des Jahres versorgt. Und trotzdem können wir heute schon von einer Krise sprechen, die ihren Schatten vorauswirft. Es ist die Preisentwicklung der Textilwaren, die zur größten Sorge veranlaßt und das Schicksal von über einer Million Arbeitern bedroht. Die Textilpreise stehen trotz der sehr niedrigen Löhne wesentlich über den Weltmarktpreisen, die bereits an sich infolge der ungeheuren Verteuerung der Rohstoffe — Baumwolle, Wolle usw. — unerträglich hoch sind. Die erste Folge dieser Lage ist die Unmöglichkeit der Ausfuhr. Die gegenwärtige gute Konjunktur ist ausschließlich durch den inneren Verbrauch verursacht. Während der Inflationszeit konnte sich der Lohn- und Gehaltsempfänger keine Bekleidungsartikel kaufen. Dies wird jetzt nachgeholt, wenn auch die niedrigen Gehälter und Löhne diesen Käufen Schranken setzen. Besonders ist aber der Luxussumme der Reichen mächtig angeschwollen. Der Textilfabrikant Georg Müller schreibt in der „Frankfurter Zeitung“, daß die Auftragsbücher überwiegend von Aufträgen auf die Herstellung feinerer Waren, mit deren Absatz die Industrie für die nächsten zehn Jahre gar nicht mehr rechnen, angefüllt sind. Da, so unglücklich dies erscheint, es hat eine Einfuhr von hochwertigen Fertigerwaren — also für die bestehenden Klassen — in geradezu schrankenloser Weise eingesetzt. Nach den Angaben des erwähnten Fabrikanten ist das Maß bis in den Winter an Deutschland ausverkauft, haben Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei und England große Lieferungsverträge für Deutschland; die Schweiz läßt ihre Seidenbetriebe wieder für Deutschland laufen und holländische Kaufleute verkaufen die von Deutschland bezogenen Textilwaren mit großem Nutzen an Deutschland zurück. Die Textilindustriellen berechnen unerlaubte Risikoprämien, sie stellen Goldrechnungen aus und außerdem berechnen sie, da sie die zum Rohstoffkauf nötigen Devisen unter der Hand und über dem amtlichen Berliner Kurs beschaffen, Zuschläge, die hoch über den tatsächlichen Mehrausgaben bei der Valutabeschaffung stehen. Die Banken rechnen für das Kapitalkapital riesige Zinsen, die die Warenpreise in die Höhe treiben und die Konkurrenz am Weltmarkt unmöglich machen. So wirken sämtliche Umstände zusammen, um die deutsche Textilwirtschaft in eine Katastrophe hineinzutreiben und darüber hinaus die deutsche Währung zu zerrütten. (Denn sowohl unnötige Einfuhr von Fertigerwaren wie übermäßiger Verbrauch an inländischen, aber aus fremden Rohstoffen hergestellten Waren muß die Währungsfrage erschüttern.) Neben der allgemeinen Verteuerung der Rohstoffe drohen die Ueberforderungen der Textilindustriellen, der

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose .. 15,00—16,50	Malzkafee, gepackt .. 22,00—24,00
Gerstengrütze, lose .. 15,00—15,75	Röstgetreide, lose .. 16,50—18,00
Haferslocken, lose .. 14,75—15,50	Kakao, fettarm .. 100,00—115,00
Hafersgrütze, lose .. 15,50—16,25	Kakao, leicht entölt .. 115,00—130,00
Roggenmehl 0/1 .. 12,75—13,25	Tea, Souchon, gepackt .. 350,00—430,00
Weizenmehl .. 17,75—19,00	Tea, indischer, gepackt .. 425,00—500,00
Haarigrieß .. 21,75—25,50	Inlandszucker basis mel. 38,5 — 40,00
Maisgrieß 13,75—15,50	Inlandszucker Raffinade 40,00—42,00
70% Weizenmehl .. 15,75—16,50	Zucker Würfel .. 45,00—47,00
Speise-Auszugmehl .. 15,25—16,00	Kunsthonig .. 32,00—38,00
Speiseerbsen, Victoria .. 17,25—20,50	Zuckersirup hell in Elm. 43,00—49,00
Sojaerbsen, kleine .. 13,25—15,00	Speisesirup dunkl. in Elm. 28,00—32,00
Bohnen, weiße, 1. Art .. 21,75—24,50	Marmelade Einfz. Erdb. 95,00—110,00
Bohnen, handverles. .. 28,00—31,75	Marmelade Vierfrucht .. 40,00—48,00
Linsen, kleine .. 26,00—33,50	Pflaumenmus in Eimern 49,00—55,00
Linsen, mittel .. 34,00—40,00	Steinsalz, lose .. 3,10—3,70
Linsen, große .. 41,00—47,50	Siedesalz, lose .. 4,00—4,70
Kartoffelmehl .. 39,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces 64,00—65,00
Makkaronimehl .. 35,00—37,00	Bratenschmalz in Köbeln 65,50—66,50
Schnittmüden, lose .. 19,00—23,50	Purelard in Tierces .. 62,50—63,00
Bruchreis .. 14,75—16,75	Purelard in Kisten .. 62,50—65,00
Ranzon Reis .. 16,50—18,75	Speisetalg in Packung .. 50,00—53,00
Tafelreis, glasiert, Patna 24,00—31,00	Speisetalg in Köbeln .. 48,00—50,00
Tafelreis, Java .. 30,50—36,00	Margarine, Handelam. I. 58,00 —
Rindfleisch, amerik. .. 85,00—91,00	desgl. II .. 52,00—55,00
Geir. Pflaumen 90/100 .. 42,00—45,00	Margarine, Spezialm. I. 76,00 —
Pflaumen, entsteht .. 50,00—5,00	desgl. II .. 61,00—65,00
Cal. Pflaumen 40/50 .. 70,00—75,00	Margarine III .. 48,00—49,00
Rosinen in Kisten, Candia 70,00—85,00	Molkereibutter I. Fässern 215,00—218,00
Sultaninen Caraburnu .. 75,00—90,00	Molkereibutter in Pack. 220,00—223,00
Korinthen, Charobe .. 77,00—83,00	Landbutter .. 165,00—170,00
Mandeln, süße, Berf. .. 145,00—155,00	Auslandbutter in Fässern 215,00—218,00
Mandeln, bittere, Bari .. 135,00—150,00	Auslandbutter in Packung 220,00—223,00
Zimt (Cassia) .. 105,00—115,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. 32,00—36,00
Kümmel, holländischer .. 125,00—130,00	Speck, gesalzen, fett .. 62,00—72,00
Schwarzer Pfeffer Singap. 98,00—108,00	Quarkkäse .. 22,00—35,00
Weißer Pfeffer .. 133,00—138,00	Tilsiter Käse, vollfett .. 115,00—120,00
Rohkaffee Brasil .. 355,00—370,00	Aust. ungezuck. Condensmilch 48/16 .. 20,75—21,75
Rohkaffee Zentralamerika 225,00—290,00	Inländische desgl. 45/12 17,50—18,50
Rohkaffee Brasil .. 240,00—290,00	Inl. gez. Condensm. 45/12 27,00—28,00
Rohkaffee Zentralam. .. 300,00—390,00	

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

übermäßige Konsum besonders an feinen Waren, die Einfuhr hochwertiger Textilwaren, die Buchergesellschaften der Banken dem deutschen Textilmarkt mit einem jähen Zusammenbruch. Wird an Stelle der Inflation die unermessliche weitere Verknappung der Geldversorgung eintreten, so wird der heute ausgebliebene Verbrauch auch aus diesem Grunde zurückgehen müssen. Gegenwärtig ist im Reichswirtschaftsministerium eine Untersuchung über die Lage der Textilindustrie im Gange. Die Deffektivität erwartet mit Spannung, ob aus ihr die Maßnahmen hervorgehen werden, um die gegenwärtige Wirtschaft abzustellen und die drohende Krise zu verhüten.

Großhandel und Geschäftsaufsicht.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat sich wegen einer Abänderung der Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht mit einer Eingabe an das Reichsjustizministerium und das Reichswirtschaftsministerium gewandt, aus der wir folgendes entnehmen:

Es sollten im Interesse des Wirtschaftens — soweit im Rahmen der bestehenden Bestimmungen möglich, zunächst im Wege einer schnellig zu erlassenden Dienstankündigung an die Gerichtsstellen durch die einzelnen Länder — folgende Bestimmungen getroffen werden:

1. Sofortige Veröffentlichung jeder angeordneten Geschäftsaufsicht nach Analogie der Konkurse — mindestens aber regelmäßige fortwährende Mitteilung an die amtlichen Vertretungen des Handels, Handwerks (Gewerbes) bzw. der Landwirtschaft und Benachteiligung dieser Stellen zur Auslegung einer Liste der unter Geschäftsaufsicht Befindlichen bzw. Abschrifterteilung der Liste an den Zentralverband des Deutschen Großhandels mit der Befugnis der Information seiner Mitglieder.

2. Strengste Prüfung der Anträge auf Geschäftsaufsichtseröffnung bei enger Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, und zwar unter bestmöglicher und weitestgehender Hinzuziehung der Gläubiger-Versammlung bzw. eines Gläubigerbeirates. Vorher, im Interesse der Beschleunigung ohne solche Hinzuziehung etwa notwendig werdende Entscheidungen betreffend Geschäftsaufsichtseröffnung haben nur vorläufige, zu befristende Gültigkeit zu erhalten. Weitestgehende Zuziehung dieser Beiräte auch während des Verfahrens selbst nicht nur hinsichtlich der Abmildung bestehender, sondern auch beim Eingehen neuer Verbindlichkeiten, sowie hinsichtlich der Nachprüfung der Bedenklichkeit des Schuldners. Strengere Auswahl bei der Person des Aufsichtsführenden, die von der Gläubiger-Versammlung vorzuschlagen sein wird.

3. Beschränkung der Dauer der Geschäftsaufsicht grundsätzlich auf ein Vierteljahr mit der Befugnis für die Gerichte, ausnahmsweise in dringenden Fällen die Frist um nicht länger als jedesmal einen Monat zu verlängern. Sofortige Aufhebung der Geschäftsaufsicht, sobald sich ergibt, daß die gesetzlichen (englischen auszuliegenden) Voraussetzungen für deren Anordnung nicht oder nicht mehr vorhanden sind, damit dann sofort das Konkursverfahren eröffnet wird.

Auf alle bestehenden Geschäftsaufsichten haben die Neuregelungen sofort Anwendung zu finden.

Der Stand der Reichsfinanzen.

Der Ausweis der Reichshauptkasse über die Geldbewegung vom 1. bis 10. Mai zeigt einen Ueberschuß von rund 4,5 Millionen Goldmark. Die Einnahmen betragen 121 931 745 Goldmark, die Ausgaben 117 461 967 Goldmark. Die Ausgaben gliedern sich wie folgt: allgemeine Reichsverwaltung 61 032 026 Goldmark, Steuerüberweisung an Länder und Gemeinden 30 000 000 Goldmark, Rückkauf von Goldschaganweisungen 26 429 941 Goldmark. Der bisherige Zulußbedarf ist seit dem 1. April auf 15,6 Millionen Goldmark zurückgegangen.

Große Erweiterung der Leipziger Textilmesse. Für die Zwecke der Leipziger Textilmesse sind von einem Konsortium unter Führung des Leipziger Bekannts sieben Grundstücke zwischen Peterssteinweg und Mühlengasse erworben worden. Teile dieser Grundstücke werden schon jetzt provisorisch für Textilzwecke in Benutzung genommen werden müssen, wenn die seit langem schwebenden Verhandlungen über die Hergabe des Grassi-Museums in Erbbaurecht nicht zum Ziele führen.

Ermäßigungen im Reichsbankgiroverkehr. Die Reichsbank wird im Giroverkehr, und zwar im Markt, wie im Rentenmarkverkehr folgende Kenderungen eintreten lassen:

1. Der Mindestbestand auf jedem Girokonto beträgt fortan 100 Billionen Mark bzw. 100 Rentenmark. Ausgenommen sind Unternehmensfirmen, denen die von ihnen zu haltenden Mindestguthaben besonders mitgeteilt werden. Ueber die den Mindestbestand übersteigenden Beträge kann sogleich verfügt werden.

2. Für die Kontoführung werden in beiden Rechnungsarten folgende Gebühren erhoben:

a) eine Buchungsgebühr von 1/100 000, berechnet von der Summe der Kontobelastungen. Für Banken ufm. beträgt diese Gebühr 1/100 000.

b) eine Pauschalgebühr von 2 Goldmark für jede zur Verbuchung der Umsätze benötigte Kontoseite.

Im Marktverkehr tritt die Gebührenerhebung am 1. Juni d. J. in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab werden alle Scheckbücher, Portobücher ufm. wieder kostenfrei abgegeben. Portobeträge kommen in Wegfall.

Im Rentenmarkverkehr wird die Ermäßigung der Buchungsgebühr rückwirkend vom 1. April d. J. ab durchgeführt. Die neue Berechnung der Pauschalgebühr erfolgt vom 1. Juni d. J. ab. Die Gebühren werden fortan monatlich berechnet und belostet.

Vortrag der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft E. V. Am Freitag, den 16. Mai 1924, abends 8 Uhr, findet im Preussischen Oberverwaltungsgericht, Hardenbergstr. 81 (Nähe Bahnhof Zoologischer Garten), ein Vortragabend der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft E. V. statt über: „Rohstoffe: Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt“. Vortragender: Geh. Justizrat Präsident Dr. Guggenheimer.

Verein gegen das Bestechungswesen. Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins gegen das Bestechungswesen findet am 17. Mai nachm. 8 Uhr in der Pandalossamer Berlin statt. Justizrat Dr. Fuld-Raina spricht über Justizreform, Geschäftsführer Dr. Voßle erstattet den Jahresbericht.

Preisherabsetzung!

- Billigster Herren-Anzug 35⁰⁰ Mark
- Billigster Herren-Ulster 35⁰⁰ Mark
- Billigster Herren-Gummimantel 18⁰⁰ Mark
- Billigste Herren-Hose 4⁵⁰ Mark
- Billigster Loden-Mantel 20⁰⁰ Mark
- Billigster Jünglings-Gummimantel 13⁵⁰ Mark
- Billigster Knaben-Anzug 9⁵⁰ Mark

BAER SOHN A.-G., nur Chausseestr. 29-30

Politik nach den Wahlen.

Von Albert Falkenberg.

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Reichstagswahl vom 4. Mai ist es unzweifelhaft, daß sich wesentliche Teile der Arbeitnehmerschaft aufs falsche Pferd gesetzt haben. Anstatt mit Realitäten zu rechnen, haben sie Politik auf Stimmung und Gefühl gemacht. Diese Falschorientierung werden sie büßen müssen, vielleicht schon durch die in der nächsten Reichstagsperiode gefassten Beschlüsse, bestimmt aber im Laufe der kommenden politischen Entwicklung.

Während dieser Zeit politischer Dämmerungen würde die Preisgabe der letzten Möglichkeit zur Korrektur begangener Fehler einer Schicksalsbesiegelung aus Gründen der Unfähigkeit politischen Denkens gleichkommen. Gewiß ist in der Zeit des Wahlkampfes ein erhebliches Maß von politischer Aufklärung von Seiten derjenigen geleistet worden, die als Antrieb für politisches Handeln die Vernunft für sich in Anspruch nehmen. Daß die erzielten Erfolge nicht ausreichten, um die geistige Umstellung auch am Wahltag in Erscheinung treten zu lassen, beweist die Tatsache, daß sich gewisse Kreise der Inflation- und Währungsgewinnler ihre politische Gefolgschaft erhalten oder gar neue Truppenmassen erobern konnten. Diese Menschen, die durch die Not der Zeit auf die falsche Seite getrieben worden sind, von dem Wahnsinn ihres Verhaltens und seiner Auswirkungen zu überzeugen, bleibt Aufgabe sowohl der politischen Parteien als auch der Gewerkschaften — auch nach dem 4. Mai.

Leider sind wesentliche Teile der Wählermassen unter der naturnotwendigen Steigerung des Wahlkampfes bis zum Wahltag in den Glauben verkehrt worden, daß neben der Entscheidung über Zusammensetzung und Aktionsfähigkeit des Parlaments am 4. Mai auch die Entscheidung über den Gang der politischen Entwicklung liege. Dieser Glaube hat sie vielfach zu Fatalisten gemacht. Nichts ist verderblicher für die Beeinflussung politischen Geschehens als die Atmosphäre des Fatalismus. Ihre Ausstrahlungen kommen nur denen zugute, die wegen egoistischer Beweggründe oder aus eigener falscher Gesichtseinstellung ihre Politik abseits der Vernunft treiben müssen, um Erfolge zu erzielen. Denen gehen am leichtesten die Fatalisten ins Garn.

Der ehemalige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Prof. Hirsch, hat in einer aus Vorträgen entstandenen sehr bemerkenswerten Abhandlung über „Die deutsche Währungsfrage“ u. a. den Satz geprägt: „Der geistige Arbeiter ist der Paria der Inflationswirtschaft.“ Wir meinen, nicht nur der geistige Arbeiter, sondern der Arbeitnehmer schlechthin. Seine restlose rechtliche und wirtschaftliche Enteignung steht vor dem Abschluß. Wenn das Mandat der Herren der Ruhreviertel gelingt, bedarf es nur noch gelegentlicher Schluffsteinsetzung, um den vollendeten Sieg der Herrschaft zu verkünden. Wie läßt sich dieser „Sieg“ verhindern? Nur durch Menscheneroberung auf Wegen der Vernunft und Mobilisierung von Menschenkräften im Sinne der Vernunft.

Wenn die Wählermassen nicht so vergeßlich wären, würden sie sich am Wahltag der Etappen erinnern haben, über die sie zum Teil bewußt ins Elend geführt worden sind. Der politische Wirwar der letzten Jahre aber hat ihren Blick verdunkelt und ihren an sich gesunden Instinkt mit Krankheitsstoffen belastet. Woher soll ihnen die Fähigkeit kommen, die Gegenwart zu benutzen, um das werdende erste zu lassen? Ihre politischen Zukunftsbilder finden keinen Halt in der reinen Wirklichkeit, in die wir gestellt sind. Das ist einer der Hauptgründe, weswegen Links- und Rechtsradikalismus über die gesunde Mittellinie siegen konnten. Es ist immer leichter gewesen, aus Gärungen heraus Explosionen erleben zu lassen, als auf Grund sicher fundierter Gedankengänge Evolutionen einzuleiten. Wenn alle diejenigen, die am Wahltag in vor-

stehendem Sinne „falsch“ gewählt haben, in der Lage wären, an Hand von Wirklichkeiten die Auswirkung ihrer Wahlhandlung nachzuprüfen, möchten sie zweifellos noch in dieser Stunde alles umgekehrt machen.

Was haben diejenigen geglaubt erreichen zu können, die sich auf jene Seite schlugen, wo mit den Methoden der Gewalt an die Lösung der Probleme des Sozialismus herangetreten wird — ganz gleich, ob sie nach links oder rechts abfielen? Sie wollten im Wahlkampf das Paradies erobern und haben jenes Wort von Karl Marx, daß die Gesellschaft nicht eher ihr Gleichgewicht findet, als bis sie sich um die

scheid wird dann die Entscheidung bringen, ohne die die so notwendige Bereinigung der politischen Atmosphäre undenkbar ist.

Was in der Frage der Reparationspolitik geschieht, ist anwendbar auch auf die Frage der Einstellung in der Gesamtpolitik. Wir müssen heraus aus dem Dilemma, das entsteht, wenn derselbe Mensch in der Gewerkschaftspolitik Forderungen erhebt, für deren Nichterfüllung er selber die politische Plattform schafft. Die Annahme, daß durch die Beseitigung heute vielfach bestehender Disharmonien zwischen Gewerkschaftsauffassung und parteipolitischer Betätigung die Unterjochung der Gewerkschaft seitens einer bestimmten politischen Partei erfolgen müsse, beruht auf politischem Kinderglauben. Schon der grundförmlich anders geartete Aufgabenkreis der Gewerkschaft stellt sie außerhalb des parteipolitischen Radius. Daran kann auch vorkommende Personalunion nicht rütteln, um so weniger, desto sachlicher sie begründet werden kann.

Die Meinungen über die Frage vorzeitiger Parlamentsauflösung sind geteilt. Wunsch und Hoffnung halten sich die Waage solange, bis der Konfliktsstoff entscheidet dadurch, daß er einen nur durch Auflösung zu beseitigenden Krisenzustand schafft. Dann kann der Wahlkampf nur mehr in offener Feldschlacht geführt werden, und zwar unter der einen Parole: Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens. Die Parteien werden siegen, die es verstehen, unter Einstellung aller ihnen erreichbaren Truppenmassen in das Kampffeld aus Soldaten blinden Gehorsams Menschen mit eigenem Verantwortlichkeitsgefühl zu machen. Keine leichte Aufgabe, aber sie ist lösbar, wenn sie unverzüglich in Angriff genommen wird.

Eine Regierung, die ihre Mission in wohlverstandener Interesse der Volksgemeinschaft zu erfüllen gewillt ist, wird wissen, daß sie bei der Lösung der vorstehend gekennzeichneten Aufgabe weder ausgeschaltet werden, noch als „Parteiregierung“ zu der Schicksalsfrage des deutschen Volkes Stellung nehmen darf. Ihr obliegt allein die Herstellung der Diskussionsgrundlage durch gemeinverständliche Erläuterung des Textes des Sachverständigengutachtens, ohne in ihren Veröffentlichungen selber Stellung zu nehmen. Mit Hilfe dieses Materials nehmen Parteien und Gewerkschaften die Kleinarbeit auf. Nur die Durchführung eines systematisch aufgebauten Planes der Propaganda in Wort und Schrift gewährleistet die menschenmögliche Durchbildung der Wählermassen. Die freien Gewerkschaften haben bereits die ersten Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet, die Parteien können nicht anders handeln, wenn sie die Vereinerung der politischen Atmosphäre fördern und damit der deutschen Politik zur Gesundung verhelfen wollen.

Es mag andere Methoden geben, die der politischen Entscheidung dienen, schwerlich aber gibt es einen anderen Weg sie herbeizuführen, als den des politischen Anschauungsunterrichts, über den eben in Frankreich der Sieg der Linken errungen werden konnte. Die SPD. ist in zweifacher Beziehung in besonders aussichtsreicher Position. Einmal kann sie den Beweis führen, daß sie niemals von dem seit jeher als richtig erkannten Kurs der Erfüllungspolitik abgewichen ist, und zum anderen verleiht die politische Entwicklung in England, Dänemark, Frankreich ihrer eigenen Politik so starke Antriebskräfte, daß die Wiedereroberung der Massen als natürliche Auswirkung dieser Kräftezufuhr erwartet werden darf.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ausstellung „Sport tut gut“. Von einem Ausbruch, der sich aus lebenden Persönlichkeiten Berliner sportlicher Körperkulturen zusammensetzt, wird eine Ausstellung vorbereitet, die unter dem Motto „Sport tut gut“ vom 17. bis 21. Mai in den Räumen des Hauses S. Adam, Helmsdorfer Straße, Friedrichstraße, stattfindet. Die Ausstellung wird als Gebiet der Reibebildungen und des Flugsports umfassen. Sie wird auch sportwissenschaftliche Belehrung bringen und mit einer Uebersicht der gesamten Sportliteratur literarischer und neuerer Zeit abschließen.

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland ausdrücklich den

„VORWÄRTS“

zu verlangen. Das Parteiinteresse fordert, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der VSPD. in allen Verkehrsstellen zu veranlassen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen usw. nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

„VORWÄRTS“-VERLAG
Berlin, Lindenstr. 3 :: Fernspr. Dönhoff 2506/2507

Sonne der Arbeit dreht, entweder nie gekannt oder längst vergessen. Was meinen jene Staatsbediensteten erreicht zu haben, nun sie sich von denjenigen ins Schlepptau nehmen lassen, denen sie vier lange Jahre unangenehme Wähler gewesen waren? Nein, Arbeiter, Angestellte und Beamte werden so lange nicht zu den politischen Gewinnern zählen, als sie nicht selber erkannt haben, daß zwar die Entscheidung am Wahltag fällt, die vorher und nachher zu leistende Arbeit aber das Entscheidende in der Frage: politischer Gewinn oder Verlust? darstellt. Darum: nicht der 4. Mai hat schon endgültig entschieden über das Schicksal der Millionen Menschen schaffender Arbeit, diese Entscheidung steht noch aus. Sie ist abhängig von der Erkenntnis der Wählermassen und davon, ob ihre Willenskraft ausreicht, gewonnene Erkenntnis in politische Tat umzusetzen.

Um ein Beispiel herauszugreifen: nicht die Entscheidung über die Reparationsfrage an sich ist für die künftige Politik Deutschlands ausschlaggebend, sondern das Gelingen des Versuchs, die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes von der Notwendigkeit der Erfüllungspolitik durch grundsätzliche Anerkennung des Sachverständigengutachtens zu überzeugen. Dieser Erfolg kann, ebenso wie jeder andere politische Erfolg, nur errungen werden durch Anspannung aller verfügbaren Kräfte in Partei und Gewerkschaft für einen großzügig durchgeführten Propaganda- und Aufklärungszug. Erst durch Bewirklichung dieses Plans gewinnt der von der SPD. gestellte Antrag auf Herbeiführung eines Volkssentscheids die politische Bedeutung, die ihm zugesprochen werden muß.

Wenn Politik als die Kunst des Möglichen bezeichnet wird, dann kann mit dieser Formel nur das Produkt der politischen Kräftemessung umschrieben sein. Es bleibt daher den erfüllungsgegnerischen Parteien überlassen, ebenfalls propagandistisch für ihre Stellungnahme zu wirken. Der Volkssent-

SPECIAL-MARKEN

KRESSLER ZIGARETTEN

BLAUKOPF 3s
KARNAKIS 4s
MOHAR 5s
SOSUL 6s
MATARA 6s
MOHAR LUXUS 8s

RICHTER
TEGLITZ

DAS FÜR

Hoffstleidung

KÖHNEN & JÖRING

Hauptgeschäft: Brunnenstraße 126
Meyanderstraße 12
Zweiggeschäfte: Frankfurt Allee 223
Landberger Allee 143
Neutölln, Bergstraße 63

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in Hosen aller Art und bieten als besonders preiswert an:

Buckskinhosen	16,-	8.50,	7.50	6 ⁵⁰
Stoffhosen gestreift	22,-	bis 9.50,	8.50	7 ⁵⁰
Manchester-Breeches	22,-	bis 19,-,	16,-	13 ⁰⁰
Stoff-Breeches für Damen und Herren	20,-	bis 10.50,	8.50	6 ⁵⁰
Flanell-Sporthosen	22,-			17 ⁵⁰
Weisse Sporthosen	22,-	10.50		8 ⁵⁰
Tiroler Herren- u. Knabenhosen	von			5 ⁷⁵
Wasch-Hosen in Satin und Käper	9,-	7.50,	6.50	5 ⁷⁵
Wasch-Breeches	16,-	8.50,	7.50	6 ⁵⁰

Manchester-Hosen 20,- 16,- 12⁵⁰
 Pilot-Hosen 9.50, 6.50 7⁵⁰
 Schwarze Ledertuch-Hosen 11,- 9⁰⁰
 Maurer-Hosen 12.50, 11,-
 Knaben-, Wasch-, Knie- u. Leibchen-Hosen
 Konditor-, Maler-, Bäcker-Hosen
 in allen Größen und Weiten.
 Bade-, Monteur-, Renn-, Ruder- und
 Turn-Hosen.

